

715

3.9.2010

**Lesen  
gefährdet die  
Dummheit**

**INTERIM  
INTERIM**

Polit-Info aus Berlin - umsonst, so lange genug gespendet wird



Liebe Leute,

wir sind wieder da nach unserer wohlverdienten Sommerpause. Strand, Sonne Widerstand – nun droht wieder der Alltag im verregneten Berlin.

Was uns hier gerade am meisten ärgert, ist das rassistische Palaver von Sarrazin – unterstützt durch Spiegel, Bild und Co. Die Politik schreit auf – und doch spricht er, das SPD-Mitglied und Bundesbankvorstand, wohl vielen aus der Seele. Wir sagen nur: Rassisten mit allen Mitteln bekämpfen, irgendwo hört der Spaß ja wohl auf. Denn wer Juden und Basken nach Genen erkennen will, bezieht sich nicht nur inhaltlich auf NS-Pamphlete; der Weg zur genetischen Selektion zur Reinhaltung des deutschen Blutes ist dann wirklich nicht mehr weit. Wehret den Anfängen!

Außerhalb unserer schönen Stadt scheint gerade viel zu passieren. Leider haben wir keine direkten Infos aus dem Süden der Republik bekommen (Hallo – schickt uns doch mal was, eine Analyse würde uns interessieren). Denn die Proteste gegen den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs erreichen uns über alle großen Medien – ein Bündnis aus linken und bürgerlichen Gruppen scheint der Bahn und der Politik mit ihren nicht bezahlbaren Prestigeprojekten ordentlich Trouble zu machen. Aber passt auf, lasst euch von der Bahn nicht belabern!

Gekauft wird mal wieder offensichtlich die Politik. Die Atomwirtschaft suhlt sich in ihrer Macht und Klein-Merkel macht, was die Bosse wollen. Die industrielle Beschäftigung mit dem Atom ist eine Stütze der deutschen Exportwirtschaft und deren Pfründe dürfen wohl nicht angerührt werden. Wenn die Politik so im Klang des Kaptials schnurrt, sind wir wohl mal wieder gefragt. Auch wenn wir mit unseren Handys, Computern und Toastern alle abhängig sind, sollten wir überlegen, ob eine Debatte um einen neuen linksradikalen Anti-Atom-Widerstand nicht sinnvoll ist.

Am Schluss noch eine Anmerkung zum Rassismusvorwurf gegen den schwarzen Kanal. Wir haben das alles irgendwie nicht so richtig verstanden. Schickt uns dazu doch mal ein wenig mehr – denn Rassismus in den eigenen Reihen ist Scheiße. Auch eine Stellungnahme des Fahrradladens fänden wir wichtig.

Und nun viel Spaß mit schönen Texte, Debatten und Nachrichten aus der Sportredaktion. Es ist mal wieder einiges zum Lesen, Diskutieren, Aufregen... da für die Tage mit Regen und miesem Sommerwetter.

Eure Redaktion – die mal wieder die Schokolade vermisst! Dafür sind massig Spenden gekommen – wir sind beeindruckt und danken euch sehr! Bitte spendet weiter, damit wir das Projekt noch lange fortführen können und ihr was zum Lesen habt...

# Das Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Inhalt.....	3
Stellungnahme unsererseits zu den Durchsuchungen.....	4
Aufruf zum Stören: 20 Jahre deutsche Einheit.....	5-8
Stellungnahme von Libertad zu Repression.....	9-10
Soziale Kämpfe in Frankreich.....	11-14
Nachbereitung des Klimagipfels in Kopenhagen.....	15-20
Vorwurf: Rassismus im Projekt Schwarzer Kanal.....	21
Zum Umgang mit dem VS / Buchwerbung :-). .....	22-23
Militanzdebatte.....	24-27
Sportteil.....	28-30
Termine in der Olga.....	31

# INTERIM

# INTERIM



Wir sind alle interim!

Zwar haben wir uns in der wohlverdienten Sommerpause nicht aus der Ruhe bringen lassen. Doch jetzt, da ihr die erste Ausgabe zum hoffentlich heißen Herbst in den Händen haltet, wollen wir einige Worte zu den Durchsuchungen und Beschlagnahmen unser aller interim verlieren. Verschiedene Buchläden und Infoläden hatten auch nach der letzten Ausgabe wieder ungebetenen Besuch von den Repressionsorganen. Nicht nur, dass sie Zeitungen beschlagnahmt haben, sie haben auch Computer mitgenommen und Ermittlungsverfahren eingeleitet. Das ist ungeheuer nervig und das soll es wohl auch sein. Unsere Solidarität gilt den betroffenen Läden und Leuten. Wir sollten sie alle nicht damit alleine lassen. Deshalb fordern wir nochmal zu Solidarität mit den Betroffenen auf. Informiert Euch, plant Veranstaltungen, organisiert Geld und persönliche Unterstützung, bringt Euch ein. Werdet selbst aktiv bei der Verteilung der interim. Nehmt sie mit an Orte, wo ihr Euch aufhaltet, einkauft oder Orte, die Ihr sympathisch findet. Damit sie ihre Ziele nicht durchsetzen können. Denn die Repression hat es viel leichter, wenn sie auf wenige Orte abzielen kann. Die interim ist nach wie vor ein Infrastrukturprojekt für Euch, und ein solches Projekt kann nur funktionieren, wenn es auf möglichst vielen Schultern ruht.

Angesichts der Repression haben wir auch unsere Veröffentlichungspraxis diskutiert. Wir sind - und das wollen wir weiterhin sein - eine Zeitung, die - als Gegenstück zur bürgerlichen Presse - selbst entscheidet, was sie veröffentlicht. Das werden wir uns ganz sicher nicht verbieten lassen. Unser Selbstverständnis, ein unzensuriertes Forum der autonomen Linken zu sein, heißt jedoch nicht, dass wir beliebig und bedenkenlos alles abdrucken, was eingeschickt wird. Aufgefallen ist uns, dass gerade die Praxis erfreulicherweise an kreativen Ideen gewinnt. Klar diskutieren wir solche Veröffentlichungen, aber unserer Kriterien - Stichwort: verantwortliche Aktionen - sind dabei völlig andere als die der Repressionsorgane. Das wird auch weiterhin so sein.

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Und das solltet Ihr auch nicht. In diesem Sinne: Wir sind alle interim!

## **Hauptsache es knallt!**

### **20 Jahre Wiedervereinigung: es wächst zusammen, was zerstört gehört!**

Vom 1.- 3. Oktober 2010 werden in Bremen die zentralen Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit stattfinden. Der frischgebackene Bundespräsident wird anreisen und (wie die Jahre davor seine Vorgänger auch) was vom freiheits- und friedliebenden Volk der Deutschen schwurbeln. Die geschichtslose Ignoranz, die diese Darstellung jedes Jahr aufs neue offenbart, fügt sich ein in den seit einiger Zeit verkrampft geführten Versuch, der Nation ein neues, unschuldiges Image zu verleihen. Ob durch das Lamentieren über die „Auschwitzkeule“, die manche\_r nicht mehr spüren mag, durch die Relativierung des Nationalsozialismus mittels der zunehmenden Gleichsetzung „der beiden deutschen Diktaturen“, oder einfach das allgegenwärtige Gejammer, mensch müsse wieder stolz sein dürfen auf Deutschland. Allgegenwärtig ist der Wunsch nach einem Abschluss der „eigenen“ Geschichtsaufarbeitung, einem neuen „Nullpunkt“, von dem an wieder unbeschwert von vorne angefangen werden darf. Einhergehend mit einer absurden Verdrehung von Täter/Opfer-Status wird das Bild einer gebeutelten Nation konstruiert, die unter ihrer eigenen Geschichte zu leiden hat. So wird versucht, dem völkischen deutschen Nationalismus ein „unbeflecktes“ Gewand überzuziehen und sich selbst davon reinzuwaschen, dass dieser sich nicht ohne Antisemitismus denken lässt. Auch mit der Friedensliebe der Deutschen ist das so eine Sache: Seit der Bombardierung Serbiens 1999, bezeichnender Weise unter Regierungsbeteiligung der Grünen (einem Abfallprodukt der Friedensbewegung) wurde auch mit dem Leitsatz gebrochen, von deutschem Boden dürfe nach 1945 nie wieder ein Krieg ausgehen. Seither mischt Deutschland auch militärisch wieder weltweit mit, und das nicht, um irgendwessen Freiheit, sondern um die nationalen geostrategischen Machtinteressen zu verteidigen, wie Horst Köhler es im Frühling so treffend auf den Punkt brachte, bevor er seinen Abgang inszenierte. Während die militärische „Verteidigung“ Deutschlands am Hindukusch ins 10. Jahr geht und immer mehr menschliches Kriegsmaterial in Blechkisten in die geliebte Heimat zurückgebracht wird, präsentiert sich die selbstbewusste Nation an der Weser von ihrer weltoffensten Seite: entlang der Yuppieflaniermeile „Schlachte“ richtet die Stadt ein großes Volksfest mit allerlei Politprominenz und hochkarätigem Kulturprogramm aus. Der bittere Zynismus der Feierlichkeiten um den Fall einer Grenze offenbart sich am deutlichsten an der seit Jahren stattfindenden polizeilich-, militärischen Aufrüstung der EU Außengrenzen, die bis heute tausende Todesopfer gefordert hat - und das mit wesentlicher Unterstützung Bremer Rüstungs- und Überwachungstechnologie. Für die wenigen Flüchtlinge, die es diesen Abwehrmaßnahmen zum Trotz „bis hierher“ schaffen, hält der deutsche Staat ein ausgefeiltes Illegalisierungs-, Überwachungs- und Schikaniierungsinstrumentarium bereit, um ihnen das Leben weiterhin so schwer wie möglich zu machen. Dass der Fall der Mauer weniger dem Gedanken an eine allgemeine Bewegungsfreiheit und eine Welt ohne Grenzen geschuldet war, zeigte sich bereits in den ersten Jahren der Einheit in der Welle „nationaler Wiedererweckung“ die ihren gewaltsamen Ausdruck u.a. in den rassistischen Pogromen 1992 in Rostock und den Morden in Hoyerswerda und Solingen fanden. Dem rassistisch-nationalistischen Diskurs folgte 1993 die damalige Bundesregierung mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts. Nationalismus ist ohne Ausgrenzung und Rassismus eben nicht zu haben.

### **Volksgemeinschaft & Krise**

Doch nicht nur deutsch-nationale Siegerposen, auch staatstragende Gedanken werden zu hören sein, wenn im Oktober die Altväter der Einheit zusammenkommen und die nationale Supersause steigt. Von schweren Zeiten, in denen es gelte, fest zusammen zu stehen, vom Rückhalt für „unsere Jungs“ an der Front, vor allem aber von einer Krise, die die deutsche Vormachtstellung in der EU, sowie die Eurozone als ganzes zu gefährden scheint. Besonders in Zeiten drohender sozialer Unruhen und schwerer wirtschaftlicher Krisen dienen die Beschwörung der Volksgemeinschaft und das nationale Spektakel als Herrschaftsinstrument zur Befriedung der Bevölkerung; bei Bockwurst und Bier wird ein zweifelhaftes Wir-Gefühl vermittelt: das Konstrukt von Volk und Nation führt zu einer absurden Identifikation zwischen Aubeuteten und Ausbeuter\_innen, der Schicksalsgemeinschaft eben. Die Ursachen für die angeblich unumgänglichen Folgen der Krise (Sozialabbau, Lohnsenkungen, Massenent-

lassungen...) werden dann weder in den sozialen Ungleichheiten innerhalb des exklusiven Clubs der Deutschen gesucht, noch wird dabei hinterfragt, wie legitim es eigentlich ist, den Rest der Welt auszuplündern. Die Volksgemeinschaft wähnt sich in einem natürlichen Interesse verbunden und tritt in einen rücksichtslosen Überlebenskampf um Raum und Ressourcen. Dass der Kapitalismus selbst die Krise ist, das will an einem Tag, der so gänzlich dem antisozialistischen Ressentiment gehört, natürlich keine\_r gerne hören. Und so ging damals im großen „Wir“ von 1990 auch nahezu unbemerkt unter, dass es u.a. die Annexion der DDR und der Fall des pseudosozialistischen Konkurrenz- und Leistungssystems im Osten waren, die den Weg für einen ungehemmten Klassenkampf von oben frei machten, mit dem die seit den 1970ern strauchelnde kapitalistische Profitrate auf Kosten der Lohnabhängigen saniert wurde. Die damit einhergehenden massiven Angriffe auf Lebensstandards, Löhne und Sozialsystem, die Deregulierungs- und Privatisierungsstrategien wiederum bereiteten den Boden für die aktuelle Krise des kapitalistischen Systems und deren drastisches Ausmaß. Für die politischen Stellvertreter\_innen dieses Landes sind jedoch nationalistische, rassistische und antisemitische Erklärungsmuster bei der Vermittlung dessen, was seit einiger Zeit als Finanz-, Währungs-, Wirtschaftskrise präsentiert wird, offensichtlich nützlicher als eine Analyse der dem Kapitalismus strukturell innewohnenden Ursachen: Schuld sind entweder unpatriotische und maßlose „Turbokapitalist\_innen“ die den nationalen Wirtschaftsstandort kaputt machen; oder auch mal die „faulen und korrupten Griechen“, bzw. deren schwache Regierung, der es trotz des offensichtlichen Ernstes der Lage nicht zu gelingen scheint, die soziale Revolte in Europas Peripherie niederzuschlagen. Überhaupt hätten jene, die es in dieser Situation noch wagen, ihren Staat durch so etwas profanes wie Klassenkampf von unten zusätzlich zu schwächen, wo es doch gerade darum geht, einzusehen, dass alles etwas knapper wird, nichts verstanden. In welche Richtung dementsprechend die Krisenstrategien der EU-Regierungen gehen werden, lässt sich erahnen: Die Milliardenkredite an den griechischen Staat zur Stabilisierung der Eurozone unter dem Motto: „Hilfe für Griechenland“ sind nicht nur an Strukturanpassungen gekoppelt, mit denen die Krisenlasten auf dem Rücken der Lohnabhängigen abgeladen werden sollen, sondern auch an Exporthilfen für die deutsche Rüstungsindustrie, im speziellen durch den Kauf deutscher U-Boote. In einer in immer weiteren Teilen verarmenden Gesellschaft und der zunehmenden Eskalation des permanenten sozialen Krieges von oben sehen wir hier wie in Griechenland die Überwindung der „Krise“ im Aufbau tragfähiger solidarischer Netze jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik, und nicht in der militärischen Verwaltung eines sterbenden Systems, das alles angreift, was beabsichtigt, es zu überleben.

### ***Partygast: gentrification...***

Bei öffentlichen Events dieser Größenordnung spielen immer auch städteplanerische Aspekte eine Rolle. Die neuen prestigeträchtigen Betonwüsten der Stadt werden mit „Leben“ gefüllt und bei den Besucher\_innen Akzeptanz für ein Viertel geschaffen, in dem sich die meisten von uns nicht mal einen Kaffee leisten können. 2008 nutzte die Stadt Hamburg die Einheitsfeier zur Eröffnung der neu fertiggestellten „Hafencity“, mit Bettel- und Rumlungsverbot, einem Paradebeispiel für Ausgrenzung und Verdrängung. Auch in Bremen wird am 3. Oktober die inoffizielle Einweihung eines neuen Viertels gefeiert: der seit Jahren wachsenden „Überseestadt“. Das künstlich aus dem Boden gestampfte Luxus Wohn- und Geschäftsviertel in bester Lage verbindet die Schlachte (entstand zur Expo 2000) mit der Waterfront (der ehem. Millionen-Investitionsruine „Spacepark“) und schließt so die Yuppieflaniermeile quer durch Bremen. Auch das in Berlin gescheiterte Konzept der „Carlofts“ ist im Angebot der Überseestadt-Investoren enthalten. Während sich auf der Neustadtseite die Bürgerinitiative „Bremer am Fluss“ von Bremerinnen und Bremern bislang erfolgreich gegen die Privatisierung des Uferstreifens und den mit der vermeintlichen Aufwertung verbundenen Konsequenzen für den Stadtteil wehrt, fehlt auf der Altstadtseite jeder Widerstand. Das mag auch daran liegen, dass der Prozess bereits sehr weit fortgeschritten ist; der wesentliche Punkt ist jedoch, dass hier keine direkte Vertreibung stattgefunden hat – die Überseestadt entstand auf einer brachliegenden Hafenfläche. Doch auch für die Angrenzenden Viertel wie Walle, oder Gröpelingen wird die „Aufwertung“ der Weserrandgebiete nicht ohne Folgen bleiben (steigende Mieten etc.). Dass sich seitens der Bremer Szene heute kaum noch mit der aktuellen Stadtentwicklung und deren negativer Folgen auseinandergesetzt wird, empfinden wir als sehr bedauerlich. Wir halten es auch für eine Frage der Ernsthaftigkeit des eigenen Politikverständnisses in einer Bewegung, die sich im wesentlichen in Alltagskämpfen konstituiert, solche Ausgrenzungs- und Vertreibungsprozesse zur Kenntnis zu nehmen und anzugreifen. Gentrification ist ein Begriff, der bei vielen eher an brennende Autos in Berlin und Hamburg denken lässt, als an die Kämpfe um den Weidedamm oder die breiten Proteste gegen die Mozarttrasse in Bremen. Wir stellen in diesem Zusammenhang unsere Kritik an der

Einheitsfeier 2010 ganz bewusst in den Kontext ihres Austragungsortes und dessen Symbolik: Überseestadt wegschepfern!

### **...damit wir leben können! Die deutsche Einheit & die Autonomen**

Ende der `80er befand sich die Bewegung zumindest quantitativ auf ihrem Höhepunkt; hunderte besetzte Häuser, autonome Stadtteilgruppen und militante Demos mit mehreren tausend Teilnehmer\_innen. Als 1989 das Ende der Sowjetunion eingeläutet wurde und viele der kommunistisch orientierten Gruppen in der BRD mit einem Schlag ihren politischen Bezugspunkt verloren, war die autonome Bewegung an einem Punkt, der innerhalb der radikalen Linken eine der wenigen Perspektiven hätte bieten können. Es kam nicht so: die 90er Jahre wurden zu einer politischen Talfahrt, die ihren Tiefpunkt in den gescheiterten Mobilisierungen zum G8 1999 in Köln und zur Expo 2000 in Hannover fanden. Obwohl sich durch den Mauerfall auch neue Felder und Möglichkeiten, wie die Ausweitung der Häuserkämpfe boten, stagnierte die Situation zunehmend; die Szene verstrickte sich immer mehr in Abwehrkämpfe und interne Streitigkeiten. Lähmung, Resignation und Zerfall folgten dem über zehnjährigen Aufbruch der Bewegung - warum? Mit der Zeit wuchs auch der persönliche Preis für die Auseinandersetzung mit dem Staat: Perspektivlosigkeit, Überlastung und Rückzug auf der einen Seite, die Stärkere Ausrichtung bestehender Repressionsinstrumente auf die autonome Bewegung und deren zunehmende Kriminalisierung. Hinzu kam eine fehlende Antwort auf den gesellschaftlichen Rollback, der spätestens mit der Wiedervereinigung einsetzte. Vielleicht unterschätzten die Autonomen auch mehr-als andere Gruppen den Einfluss der veränderten Weltlage auf die eigenen, zumeist lokalen (oft fast privaten) Kämpfe, da ihrerseits ja keinerlei positive Bezüge auf die realsozialistischen Experimente im Osten bestanden. Das politische Profil der Bewegung veränderte sich, verschwunden sind die Autonomen jedoch nicht. Trotz ausbleibender Dynamik ging die Arbeit in verschiedenen sozialen Kämpfen und Teilbereichen weiter, so dass sich autonome und linksradikale Positionen heute oft im Zentrum der Debatte wiederfinden (wie z.B. in der anti-AKW Bewegung, oder in der antira-Arbeit). Was jedoch verloren ging, war ein Lebensgefühl, das bisher untrennbar mit dem Begriff der Autonomen verbunden war und dessen vorsichtige Wiederaneignung wir in der Debatte um den Aufstandsbegriff sehen. Seit einigen Jahren sehen wir an verschiedenen Ecken wieder vermehrt Versuche aufkommen, teilbereichsübergreifend Perspektiven und Strategien einer Gesamtbewegung zu diskutieren. Praktisch getragen werden die Bemühungen von einer wieder zunehmend konfrontativen Haltung dem System und seinen Institutionen gegenüber.

### **happy birthday Schweinesystem!**

Im Rahmen der Mobilisierung gegen die Einheitsfeier wollen wir mit möglichst vielen verschiedenen Menschen die eine grundsätzliche, systemoppositionelle Kritik an Volk und Nation teilen, gemeinsam auf der Straße unterwegs sein; laut, wahrnehmbar und renitent. Dass deren Zahl wohl überschaubar bleiben dürfte, im Vergleich zum staatlich bestellten und Winkelementbewährten Partymob, darin sehen wir keinen Hinderungsgrund und sind dies auch nicht anders gewohnt. Wir sehen keinerlei positiven Ansatzpunkt, an den öffentlichen Einheitsdiskurs a la „wär's nicht noch schöner, wenn die anderen Grenzen auch noch verschwinden würden?“ anzuknüpfen. Wir suchen nicht den Dialog mit Deutschland und seinen Freund\_innen und sollten uns auch nicht der Illusion hingeben, die Festbesucher\_innen wären wild darauf, sich darüber informieren zu lassen, was an ihrem Abendprogramm nicht ganz politisch korrekt ist. Kurzum: wir haben mit Deutschland nichts zu feiern! Unter dem Motto: „kein Tag für die Nation - kein Tag für Deutschland“ organisiert ein Bündnis aus anti-deutschen und linksradikalen Gruppen für den 2. Oktober eine Bundesweite Demonstration und ruft zu Aktionstagen vom 1. bis zum 3.10. auf. Wir begrüßen diesen Aufruf ausdrücklich, sehen jedoch in der politischen Zusammensetzung des Bündnisses die Gefahr, die Mobilisierung zu einer Nabelschau unverständlicher interner Debatten werden zu lassen. Unser Interesse an diesem Tag ist ein anderes:

### **3. Oktober 2010: Hauptsache es knallt!**

Unser Anliegen besteht darin, die Einheitsfeier zu einem Desaster zu machen! Sowohl der politische Hintergrund der Feierlichkeiten, wie auch die mediale Aufmerksamkeit, die dieses Ereignis auf sich ziehen wird, sind für uns Anlass genug, unsere Wut auf die Straße zu tragen und unsere Unversöhnlichkeit mit den herrschenden Verhältnissen zum Ausdruck zu bringen. Das Kampagnenmotto „Hauptsache es knallt!“ drückt für uns prägnant und treffend das aus,

was wir in Hinblick auf die Einheitsfeier konzeptionell für richtig und nötig halten. Ob dabei auch die direkte Konfrontation mit den Sicherheitskräften zu suchen ist und ob die Bündnisdemo der richtige Ort dafür sein kann, muss letztlich jede\_r selbst entscheiden. Von Straßentheater bis Grillanzünder, wir können uns da 'ne ganze Menge vorstellen und lehnen eine Hierarchisierung von Aktionsformen ab. Wir sind solidarisch mit allen Protesten, die sich in diesen Tagen aus emanzipatorischer Perspektive kritisch mit Deutschland und der Wiedervereinigung auseinandersetzen. Der Schwerpunkt unserer Betrachtungen liegt jedoch auf der Durchführung militanter Aktionen, da sich dieser unseres Erachtens unverzichtbare Handlungsrahmen, jenseits der begrenzten Spielräume der Legalität, (aus nachvollziehbaren Gründen) schwerlich im Rahmen eines bündnispolitischen Aktionskonsens aushandeln lässt. Es geht uns nicht um heroische Straßenkämpfer\_innenposen oder das Einfordern von Opferbereitschaft, sondern um eine gewisse Leidenschaftlichkeit den Dingen und vor allem unseren Kämpfen gegenüber; und dass wir den Punk nicht ganz vergessen. „1,7 Millionen Euro plus X“ schätzt Fest-Chefplaner Klaus Sondergeld die Veranstaltungskosten; wir sehen in dieser Aussage einen gewissen Mitgestaltungsspielraum und nehmen die Einladung mit Vergnügen an. Die wesentlichen Eckpunkte des Kampagnenentwurfes „Hauptsache es knallt“ sind folgende:

- 1. Imagebeschmutzung:** Rücken wir die Veranstaltung in der öffentlichen Wahrnehmung verstärkt in der Zusammenhang mit zu erwartenden Ausschreitungen, Störaktionen und nervigen Diskussionen über Nationalismus und Rassismus. Die Adaption der Parole „Hauptsache es knallt!“ ist dabei von unserer Seite ausdrücklich erwünscht.
- 2. Sachschaden:** Farbe, Glasbruch, Buttersäure... wer/welche knackt den Jackpott? „1,7 Millionen Euro plus X“ - die Spiele sind eröffnet. Extrapunkte gibt es für Interventionen und Sabotageakte, die direkt in Vorbereitung und Infrastruktur des Festes eingreifen. Achtung beim Punktesammeln: Weser Kurier und Bremer Polizei manipulieren häufig die Spielergebnisse.
- 3. Kennzeichnung politisch Verantwortlicher:** Neben dem Fest-Chefplaner der Bremer Wirtschaftsförderung Klaus Sondergeld und dem Schirmherren der Veranstaltung, Bürgermeister und Bundesratsvorsitzenden, Jens Böhrnsen wirken eine ganze Reihe von Einzelpersonen und Firmen an Vorbereitung und Umsetzung der Einheitsfeier mit; diese haben Namen, Adressen und oft auch schicke Autos vor der Tür!
- 4. unkontrollierte Verhältnisse eingehen/schaffen:** „Hauptsache es knallt!“ ist ein Mitmachkonzept für das es keine weitere Koordination im Sinne festgelegter Zeiten und Treffpunkte für Blockaden geben wird. Bremen ist eine kleine Stadt und der richtige Ort um Randalen zu machen kann praktisch (fast) überall sein. Denkt euch was aus, trifft rechtzeitig Verabredungen mit euren Freund\_innen und macht euch mit den Gegebenheiten vertraut.

Wenn eine (militante) Aktion nicht mehr Ausdruck der Selbstbestimmtheit ihrer Akteur\_innen ist, ist auch der schönste Krawall nichts wert! Was wir uns für den 3. Oktober 2010 wünschen, ist ein entschlossenes, eigenverantwortliches v.a. aber leidenschaftliches Intervenieren, das dem herrschenden Normalzustand (zumindest temporär) den unkontrollierten Ausnahmezustand entgegensetzt.

**Vom 1.- 3.Oktober 2010 auf nach Bremen:  
demonstrieren, sabotieren, stören!  
Deutschland und seinen Freund\_innen  
einhei(t)zen!**

p.s.: Die Suche nach den politischen Perspektiven unserer Kämpfe in Gegenwart und Zukunft ist unsrer Ansicht nach nicht losgelöst von den früheren Erfahrungen der autonomen Bewegung zu betreiben; deshalb und um euch die Wartezeit zum frohen Fest ein wenig zu versüßen, hier noch ein Fundstück aus den Archiven: „militante Aktionsgruppen 3.10.“ zum 3. Oktober 1994 in Bremen (Radikal 151)





## linker Aktivisten war illegal

Libertad!-Presseinformation

# Bundesgerichtshof: BKA-Überwachung

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat sämtliche Überwachungsmaßnahmen gegen unsere drei Berliner Genossen, gegen die das Bundeskriminalamt (BKA) seit 2001 wegen des Verdachts der Gründung der militanten Gruppe (mg) ermittelt hatte, für rechtswidrig erklärt.

Im Sommer 2001 nahm das BKA Ermittlungen gegen drei Mitglieder unserer Berliner Ortsgruppe auf. Der Hintergrund: Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hatte, kurz nach dem ersten Anschlag der mg im Juni 2001, in einem Dossier die drei Aktivisten als Gründer dieser militanten Organisation bezeichnet. Die 1993 gegründete Initiative Libertad! versteht sich als linke Solidaritätsorganisation und als Teil der weltweiten Kämpfe für Menschenrechte und Emanzipation. Wir engagieren uns für die Freiheit der politischen Gefangenen, gegen Folter und imperiale Kriegspolitik – Themen, so die Analyse des Verfassungsschutzes, mit denen sich auch die mg befasst.

Das BKA setzte daraufhin ein Orwellsches Programm in Gang: Über ein Dutzend Telefonanschlüsse wurden abgehört, Emails wurden gelesen und die Internetnutzung ausgewertet. Auf die Haustüren waren hochauflösende

Videokameras gerichtet, zeitweise wurden die Drei rund um die Uhr von Observationsteams begleitet. Das BKA verwanzte Autos und erstellte aus Peilsendern und den Funkzellendaten von Mobiltelefonen Bewegungsprofile. Kolleginnen und Freunde, Geschäftspartner und Familienangehörige wurden ausgespäht, selbst über die Telefonate von Kleinkindern legten die Fahnderinnen und Fahnder Auswertungsvermerke an.

Das BKA ließ sich auch die Personenakten des Ministeriums für Staatssicherheit kommen, dessen Beobachtungen der Westlinken bedenkenlos verwertet wurden. Ein Versuch, einen Spitzel einzuschleusen, scheiterte. Bei einer bundesweiten Razzia gegen Linke vor dem G8-Gipfel 2007 wurden auch die Wohnungen und Arbeitsstellen der drei Aktivisten sowie ein Libertad!-Büro durchsucht. Im Herbst 2008 schließlich stellte das BKA das Ermittlungsverfahren ein - mangels Beweisen.

Nach unserer Klage erklärte der 3. Strafsenat des BGH nun in dem am 11. März 2010 gefassten und Anfang Juni veröffentlichten Beschluss: "Die angeordneten und durchgeführten verdeckten Ermittlungsmaßnahmen waren bereits deshalb rechtswidrig, weil zum jeweiligen Zeitpunkt ihrer Anordnung

und Durchführung ein ausreichender Tatverdacht ... nicht bestand." Das Verfassungsschutz-Dossier, das sieben Jahre lang als Begründung der Überwachung gedient hatte, enthalte nach Auffassung der BGH-Richter nichts über die drei Aktivisten, "was wesentlich über allgemeine Erkenntnisse über deren politische Orientierung hinausgeht".

Genehmigt wurden die Überwachungsmaßnahmen durch insgesamt 36 Beschlüsse eines Ermittlungsrichters am BGH, die sämtlich aufgehoben wurden. Dass das BKA dem Ermittlungsrichter über Jahre hinweg entlastende Beweise vorenthalten hatte, stieß den Richtern übel auf. Akribisch listet der BGH-Beschluss auf, welche der 25 Anschläge die Beschuldigten nicht begangen haben konnten, weil sie sich - ausweislich der Totalüberwachung - andernorts aufhielten. Gerügt wurde auch, dass der Generalbundesanwalt schon im ersten Überwachungsantrag ein "den Erkenntnissen des BfV entgegenstehendes linguistisches Gutachten des Bundeskriminalamts" mit keiner Silbe erwähnt hatte.

Wahrscheinlich vermuteten die Fahnderinnen und Fahnder anfangs tatsächlich, dass ihnen die Überwachung von Libertad! helfen würde, die Mitglieder der mg zu finden und zu verhaften. Dass dem nicht so ist, war ihnen nach zwei Jahren Totalüberwachung klar

geworden - so steht es in einem BKA-Bericht von 2003, den der Ermittlungsrichter wohl nie zu Gesicht bekam. Anstatt das Verfahren einzustellen, dehnte das BKA die Ermittlungen auf Freunde und Kinder der Aktivisten aus; nach dem Motto: Wenn wir ihnen nichts nachweisen können, müssen sie Helfer haben. Dadurch konnte das BKA über Jahre hinweg alle verfügbaren Überwachungsmaßnahmen nutzen, um die linke Szene auszuspionieren.

Diese Praxis hat System: Kaum eines der Verfahren gegen Linke nach dem Terrorismusparagrafen 129a hat zu einer Anklage, geschweige denn einer Verurteilung geführt. Mehrfach hat der BGH Überwachungsmaßnahmen des BKA in solchen Verfahren in den letzten Jahren nachträglich für rechtswidrig erklärt.

Politisch dienen diese Ermittlungen dazu, eine Spaltung zwischen "berechtigtem" Protest und vermeintlich "extremistischen" Linken zu inszenieren und eine gemeinsame Organisation von Widerstand zu verhindern. Das wurde vor dem G8-Gipfel 2007 versucht. Heute wird mit Macht versucht, den sich formierenden Protest gegen die kapitalistische Krisenpolitik und gegen den Afghanistankrieg zu spalten. Diesen Widerstand auszuweiten, dafür arbeiten wir.

Wir sind alle militant.

**Initiative Libertad!, 19. Juni 2010**

**Internet: [www.libertad.de](http://www.libertad.de)**

**Spendenkonto: 802 006 9300, BLZ 430 609 67, GLS Gemeinschaftsbank**

## Die letzten Entwicklungen der Verschärfung des sozialen Krieges in Frankreich

25. November 2007: Unterwegs auf einem Mini-Mofa werden zwei Jugendliche aus Villiers-le-Bel, einer nördlichen Pariser Banlieue, von einem Polizeifahrzeug überfahren. Sie sterben auf der Stelle. Darauf folgen drei Tage der Unruhen, ein gewaltiger Polizeieinsatz durchzieht den ganzen Stadtteil im Aufstand, riegelt ihn ab. Hundert Bullen werden verletzt, sogar durch Schrotmunition. Es ist das erste Mal seit langem, dass derart viele Polizisten verletzt wurden.



Einige Tage später hält Sarkozy vor 2000 Polizisten eine Rede: *« Was in Villiers-le-Bel geschehen ist, hat mit einer sozialen Krise nichts zu tun, es ist eine Räuberkratie. Ich lehne jede Art von Naivität ab, die darauf abzielt, in jedem Delinquenten ein Opfer der Gesellschaft zu sehen, in allen Unruhen ein soziales Problem. Greift auf alle notwendigen Mittel zurück (...), dies darf nicht unbestraft bleiben, dies hat absolute Priorität. Wir werden jeden einzelnen Schützen finden und was sie erwartet ist das Schwurgericht. »*

Nach einem Jahr der Ermittlungen, das sich unter anderem durch die umfangreiche Verbreitung eines Aufrufs zur Denunziation der Schützen auszeichnet, wurden fünf Menschen festgenommen und wegen *« Mordversuch an Polizeibeamten im Dienst, ausgeübt von einer organisierten Bande »* angeklagt. Nach zweieinhalb Jahren in Untersuchungshaft wurden die fünf Angeklagten im Juni 2010 anhand von Aussagen anonymer Zeugen und ohne den geringsten Beweis zu Freiheitsstrafen von 3 bis 15 Jahren verurteilt. Sehr hohe Strafen also, einmalig in der Geschichte der Repression der Aufstände in den Banlieues. Diese Urteile zeugen nicht nur von einer Verschärfung des laufenden sozialen Krieges, sie zeigen, dass die Macht den völligen Bruch mit dem Rechtsstaat vollzieht.

Anknüpfend an diesen Prozess betonte Sarkozy in einem Pseudo-Interview am 12. Juli erneut die Notwendigkeit *« organisierte Banden »* zu bekämpfen, welche für die Unsicherheit in den Banlieues verantwortlich seien. Während es dabei für Sarkozy darum geht, seine Legitimität – mitten im Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und zwei Jahre vor der nächsten Präsidentschaftswahl – neu zu gestalten, müssen wir auch darin eine echte Verschärfung jener faschistischen Politik sehen, die *« Sicherheitspolitik »* genannt wird.

Die im Folgenden erwähnten Geschehnisse sind mit dem Urteil von Villiers-le-Bel nicht direkt verbunden, dennoch zeugen sie von der Tatsache, dass immer mehr Menschen diese Verschärfung in Kauf nehmen. Anders gesagt, die Situation wird klarer, der Krieg offensichtlicher.

## Zwei Tote an einem Wochenende, spontane Reaktionen:

Grenoble, Freitag 16. Juli, am Abend: Nach Verfolgung durch die Polizei und einer Schießerei wird ein junger Mann, der gerade schwerbewaffnet ein Casino überfallen hat, von einer BAC-Einheit getötet. Die Erschießung findet wenige Meter von seiner Wohnung entfernt statt. Augenblicklich wird die Polizei von Anwohnern des Arbeiterviertels La Villeneuve mit allen möglichen Gegenständen angegriffen. Etwa vierzig Leute hätten mit scharfer Munition auf die Bullen geschossen, um die sechzig Autos wurden abgefackelt. Sprühereien sprechen öffentlich Morddrohungen gegen jene BAC-Beamten aus, die geschossen haben. Die Unruhen dauern drei weitere Nächte an, in jeder Nacht wird auf Bullen geschossen und Autos brennen.

Saint-Aignan, in der Mitte Frankreichs, Samstag 17. Juli: Ein 22-jähriger Roma, der mit seinem Auto versucht hatte, durch eine polizeiliche Straßensperre zu fahren, wird durch einen Kopfschuss ermordet. Die Rache lässt nicht auf sich warten. Am nächsten Mittag stürmen verummte Menschen das kleine Dorf Saint-Aignan. Bewaffnet mit Äxten und Eisenstangen greifen sie die Gendarmerie an, fackeln Autos ab, fällen die Platanen des Dorfplatzes und plündern einen Laden. Vier Personen wurden festgenommen und zu Freiheitsstrafen bis zu 10 Monaten verurteilt.

## In Folge dieser Ereignisse rebelliert die Bevölkerung an vielen Orten gegen Polizeieinsätze

16./20. Juli:

- Jeden Abend kommt es im Stadtteil La Villeneuve in Grenoble zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, Autos brennen, Baustellenmaschinen werden angezündet, Läden geplündert. CRS-, RAID- sowie GIPN-Einheiten « sichern » die Zone. Zehn Tage lang fahren weder Busse noch Trams durch den Kiez.

19. Juli:

- In der Nähe von Grenoble wird eine Polizeistation mit Mollis angegriffen.
  - Nord-Pas-de-Calais: Der regionale Fernsehsender France3 kann keine Abendnachrichten senden, da die Glasfaserkabel geklaut wurden.
  - Saint-Aignan: 150 Soldaten werden eingesetzt, um das 3000 Einwohner zählende Dorf abzusichern.

24. Juli:

- Auchel, in Nord: Eine Polizeistation wird mit Mollis angegriffen.
  - Breuillet, südlich von Paris : Ein Polizeifahrzeug, das in einer Polizeiwache geparkt war, wird angezündet.

27. Juli:

- Grenoble: Ein gestohlenes Auto in Flammen wird gegen ein Gebäude der Stadt gefahren.

30. Juli:

- Calais: Zwei CRS-Bullen in zivil werden auf der Straße von zwei Jugendlichen angegriffen.
  - Brest: Polizisten kontrollieren zwei Jugendlichen, als sie von einer 10-köpfigen Gruppe angegriffen und mit Steinen beworfen werden.
  - Savigny-sur-Orge: Polizisten, die jemanden wegen Beleidigung anzeigen wollten, werden mit Steinen beworfen.

3. August:

- Auxerre: Um der Polizei zu entkommen, flieht ein Jugendlicher in seinem Stadtteil. Dort werden die Bullen von einer Gruppe von Vermummten blockiert, bewaffnet mit Steinen, Eisenstangen und Knarren. Sie müssen erneut mit scharfen Schüssen rechnen.

4. August:

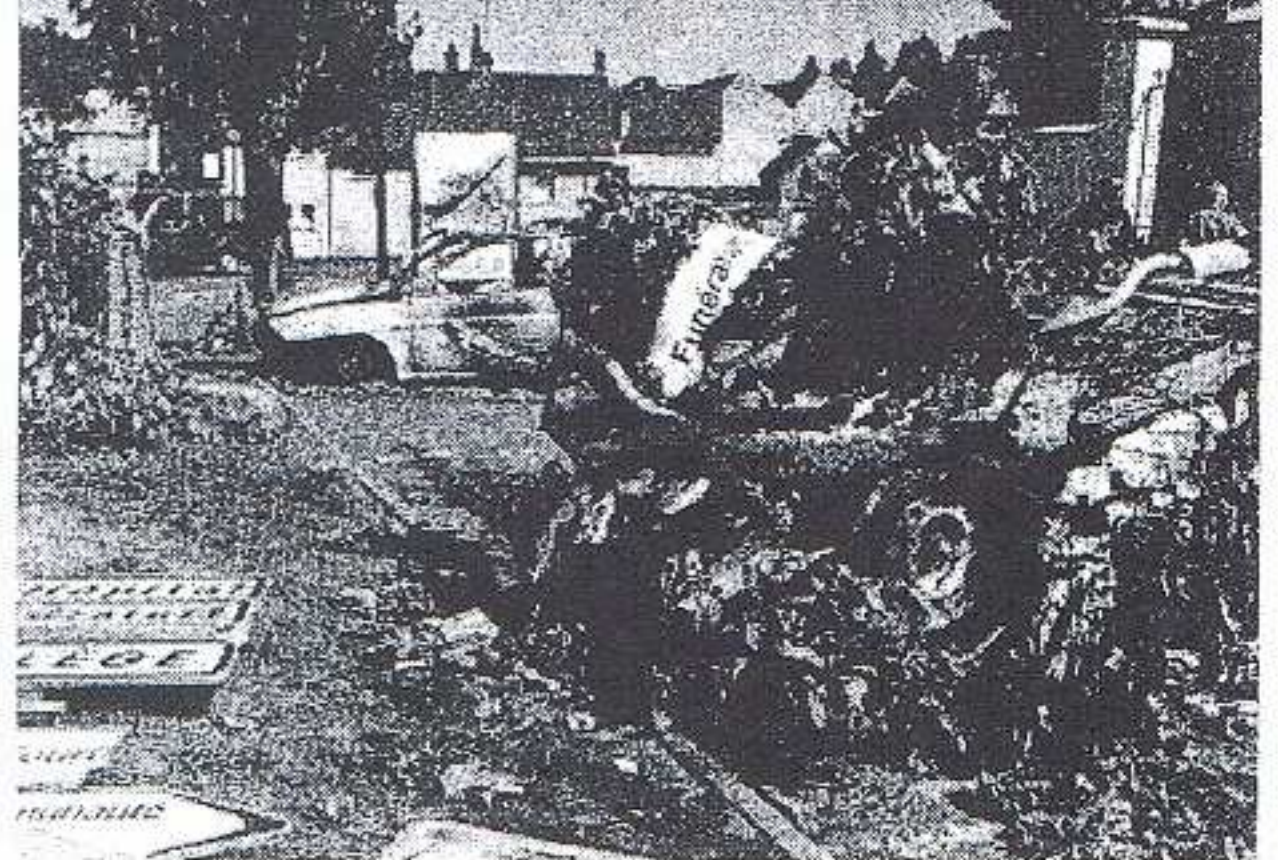
- Villiers-le-Bel: Nach einer Kontrolle wird erneut auf Bullen geschossen.

5. August:

- Villefontaine, in der Nähe von Grenoble: Es wird mit scharfer Munition auf die Wohnung eines Polizisten geschossen.

12. August:

- Corbeil-Essonne, südlich von Paris: Nach einer Kontrolle werden die Polizisten von 60 Menschen angegriffen.
  - Perpignan, in Südfrankreich: AnwohnerInnen eines ganzen Stadtteils rebellieren gegen eine Ausweiskontrolle.



Diese Kette von Gesten der Rebellion ist kein Zufall. Seit Jahrzehnten schlägt ganzen Stadtteilen – und immer öfter Dörfern – deren Bevölkerung unter das fällt, was internationale Experten als Armutsgrenze bezeichnen, nichts anderes entgegen als ein steigender polizeilicher Druck. Zudem haben die Reaktionen der Macht auf die Ereignisse, die übereilter erscheinen als sie real sind, der Situation den Anschein des Bürgerkrieges gegeben. Als Antwort auf die « Frage der Banlieues » sowie das « Problem der Roma » wurde ein umfassendes Dispositiv entfaltet, um dieser Revolte entgegenzutreten, die daran Beteiligten zu isolieren und sie als störende Minderheit einer sozialen Ordnung darzustellen, die dermaßen lusterregend sei, dass alle sie begehren würden. Politische und mediale Diskurse, die Jugendliche aus den Banlieues stigmatisieren, indem diese mit « Gangstern », « Schmugglern » und « destrukturen Schurken » gleichgesetzt werden; die den Rassismus gegen MigrantInnen und besonders gegen Roma aufheizen, welche als Parasiten und Profiteure des Systems dargestellt werden: « *Wir leiden unter den Konsequenzen von 50 Jahren unzureichend regulierter Immigration. (...) Jedes Jahr kehren zehntausend illegale Migranten, darunter Roma, mit einem staatlichen Zuschuss freiwillig zurück. Das nächste Jahr kommen sie in völliger Illegalität wieder, um einen weiteren Zuschuss zu beantragen. Dies ist « ein Missbrauch des Rechts auf freien Verkehr »*, äußerte Sarkozy ernst am 30. Juli in Grenoble.

Kurz darauf verkündete er die unmittelbare Räumung von 300 der von Roma am Rande vieler Städte errichteten Lagerplätze. Außerdem schlug er vor: Angreifern auf Polizisten und Delinquenten die französische Staatsbürgerschaft zu entziehen; das System der pauschalisierten Strafe, das eigentlich für mehrfach verurteilte Straftäter eingeführt wurde, auf Fälle einer ersten Verurteilung zu erweitern; eine nicht reduzierbare Freiheitsstrafe von 30 Jahren für Mörder von Polizisten einzuführen; Menschen, die ihre Strafe schon abgesessen haben, ein elektronisches Armband aufzuzwingen; 60 000 weitere Videokameras bis 2012 zu installieren. « *Wir haben also entschieden, einen Krieg gegen Schmuggler und Delinquenten zu führen* » so sprach Sarkozy in Grenoble. « *Die aktuelle Delinquenz findet ihre Ursache nicht in einem Unbehagen: sie ist das Ergebnis einer Missachtung der Grundwerte unserer Gesellschaft* ».

Damit verkündet Sarkozy eine wahrhafte Kriegserklärung, doch für viele ist klar, dass sie einen breiteren Umfang als die erwähnten Minderheiten hat. Tatsächlich wird allen Illegalisten, die für das Überleben heutzutage notwendig sind, jedem Verhalten, das abweicht von ihrer « republikanischen Ordnung », der Krieg erklärt. « *Keine einzige Wohnsiedlung, keine Strasse, kein Treppenhaus, kein Hochhaus in dieser Region und in dieser Stadt darf der republikanischen Ordnung entkommen* ». Das gesamte Territorium muss bis in seine kleinsten Ecken unter Kontrolle sein. Und so wurde Eric Le Douaron, zuvor Leiter aller Pariser Polizeistellen und ehemaliger Chef der Grenzpolizei, damit verantwortlich für die Abschiebungen von 30 000 Sans-Papiers pro Jahr, zum Vertreter des Staates im Département der Isère (in dem Grenoble liegt) ernannt. Wie in der Seine-Saint-Denis sind es also nun Bullen, die als Präfekte tätig sind.

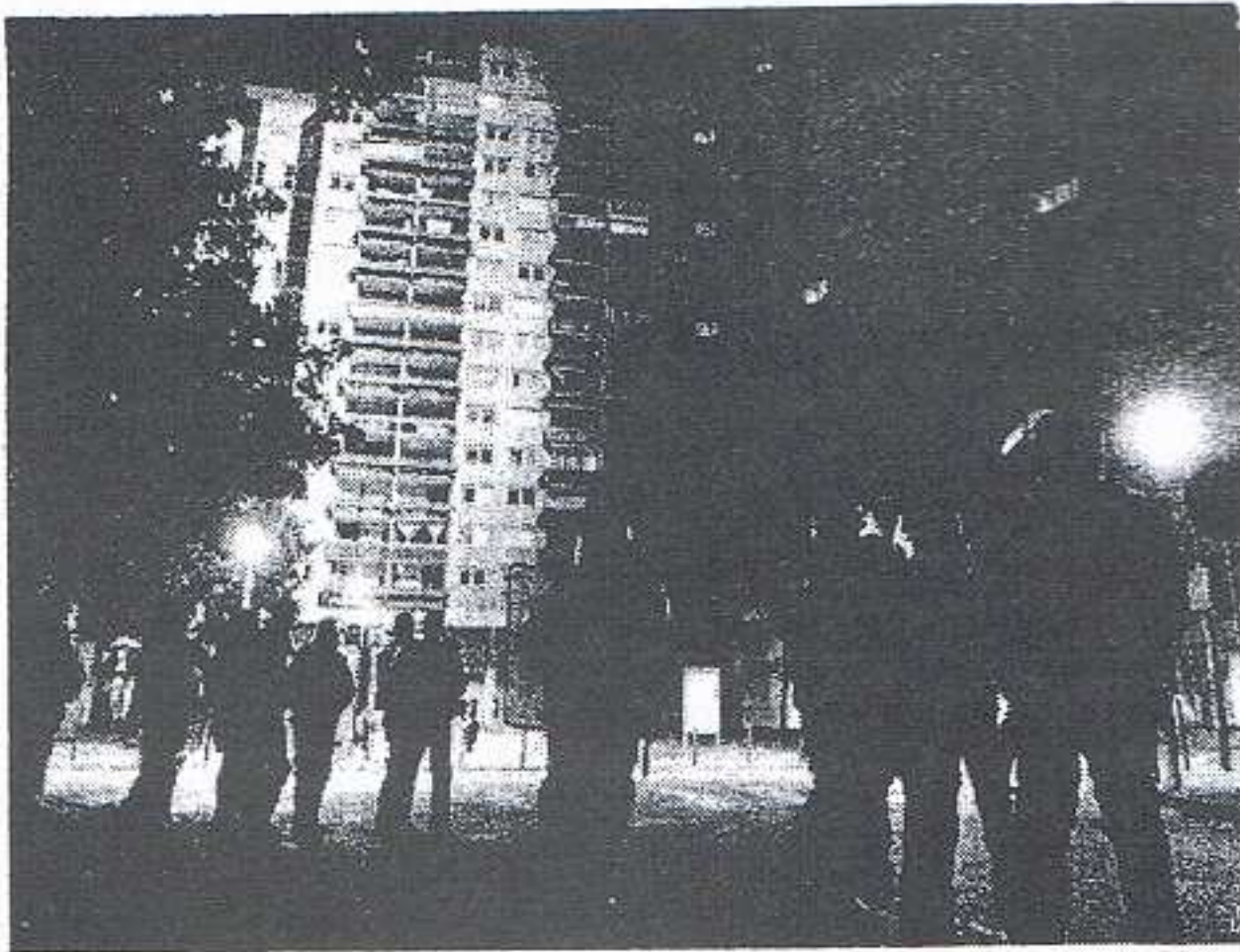
Natürlich hat sich die Macht auf diese Revolten und Akte der Rebellion vorbereitet und will sie zu ihren Gunsten ausnutzen. Natürlich füttern sie die Sicherheitspolitik der Regierung, natürlich rechtfertigen sie diese gegenüber den « guten Bürgern »! Wir lehnen jegliche Analyse ab, die diese Revolten als schädlich, als strategischen Fehler darstellt, weil sie, anstatt die Macht zu schwächen, diese lediglich verstärken und letztlich das Spiel der extremen Rechten spielen. Was passiert, ist, dass sich die Situation für immer mehr Leute schlicht und einfach als das enthüllt, was sie tatsächlich ist: eine Kriegssituation. Die Urteile von Villiers-Le-Bel haben dies deutlich gezeigt, doch haben sie nicht die abschreckende Wirkung, die sie hätten hervorrufen sollen. Im

Gegenteil, wenn der Krieg erklärt ist, geht es nicht mehr darum, sich einschüchtern zu lassen. Außerdem gibt es in all diesen Praktiken des Widerstands, in all diesen kollektiven und individuellen Gesten, Kräfte, die daraus entstehen.

Die Macht ruft zum Krieg auf, macht mobil gegen diejenigen, die sie als kriminelle Minderheiten darstellt. Er ruft zur heiligen Allianz auf und nimmt so an, dass die Essenz der Politik der Krieg ist. Es gibt keine Wahl mehr: Entweder du reihst dich ein in die Partei der Ordnung oder du bist mit den Kriminellen. Aber hinter dieser Minderheit, auf die mit dem Finger gezeigt wird – diese « Gangster », diese « Terroristen », diese « Verrückten », diese « Parasitenmigranten » - sind es alle Deserteure des Systems, die angegriffen werden. Indem sie all diejenigen, die sich als Befürworter der Partei der Ordnung wahrnehmen, dazu aufruft, sich ihr anzuschließen, rechnet die Macht damit, dass sich viele mit der sogenannten « kriminellen Minderheit » nicht solidarisieren werden.

Doch immer zahlreicher werden diejenigen, die nur noch durch die Organisation der Desertion des Systems überleben können, das ihnen als alternativlos verkauft wird, steigt die Zahl derer, die notwendigerweise die Aufständische und die Angriffe auf Bullen *verstehen*! Und für all diese Leute, die kein Gefühl mehr für irgendwelche Bürgerschaft übrig haben, geht es nicht mehr um die « Legitimität der Regierung », geht es nicht mehr um das « Thema der Sicherheit ». Es geht ihnen darum, zu widerstehen, sich nicht mehr von den Bullen kontrollieren zu lassen, ihre Anwesenheit so wenig wie ihre Aufforderungen zu dulden! So passiert es nun jeden Tag, dass bloße Alltagskontrollen eine Revolte auslösen! Was heißt: Es gibt keine Legitimität mehr, keine Republik mehr, keine Staatsbürgerschaft mehr... Ihre « republikanische Ordnung » ist schlechthin Faschismus und wir haben kein Bock mehr dabei mitzumachen!

**GEGEN DIE GENERALMOBILMACHUNG, DESERTIEREN UND WIDERSTEHEN!**



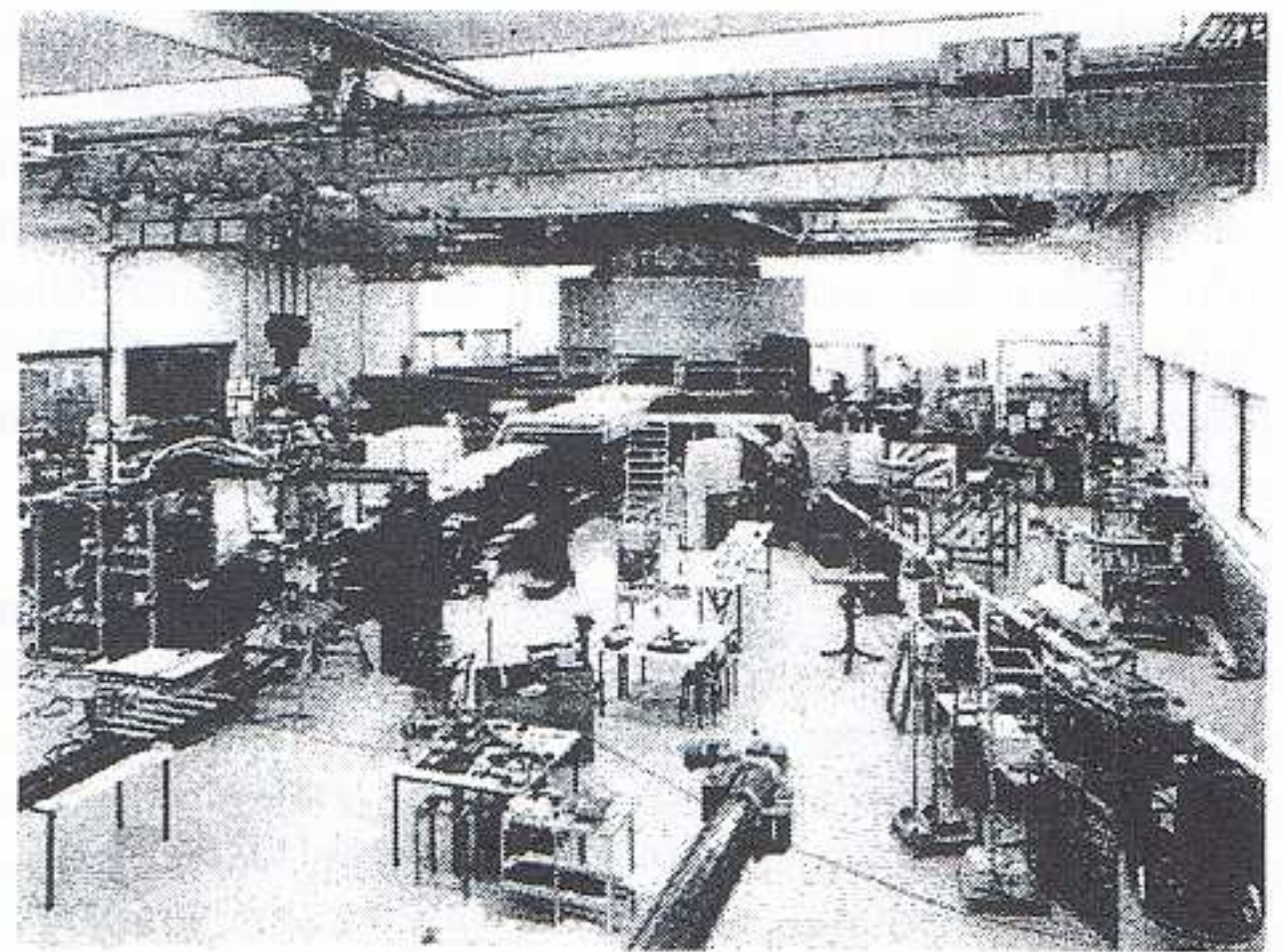
## berappeln im geröllfeld

es ist eine kleine ewigkeit her, seit wir im frostigen kopenhagen auf die straße gingen oder uns wie trophäen aufgereiht den hintern daran kühlten. was bedeutet die von verschiedenen formen des scheiterns gekennzeichnete angelegenheit cop15 für künftiges autonomes vorgehen? einiges ist schnell auf den punkt zu bringen (fehlende autonome plena, knappe anreise, überdehnte delegation, verpasstes zugehen auf die anderen), anderes beginnen wir erst mühsam zu entwickeln, z.b. die kritik an der verstricktheit einiger strukturen mit der ideologie der gouvernementalität. ist relatives neuland, wir bitten um nachsicht für das leicht krampfige ringen um worte. vielleicht können nicht alle unsere verärgerung nachvollziehen oder sind über komplett andere dinge wütend oder enttäuscht. schreibt es auf! es geht nicht um recht haben, unsere sichtweise ist selbstverständlich nur die unsere. worum es geht, ist in hinhlick auf kommende kämpfe klar zu kriegen, wie wir uns organisieren wollen und wie nicht. woran halten wir fest, was verwerfen wir, wie gehen wir mit der unterschiedlichkeit der antworten auf diese fragen um? es wäre gut, beim nächsten mal ein bisschen weniger im blindflug aufeinander zuzurasen.

zugleich richten wir uns gegen eine tendenz in der linken scene, reformpolitik durchsetzen zu wollen, ohne sie als reformpolitik erkennbar und damit diskutierbar zu machen. eine tendenz, die behauptet eine weiterentwicklung der autonomen zu sein, aber nicht benennt, worin diese - jenseits der wiederholung altbekannter kritik an der selbstbezogenheit der scene - bestehen soll. poppige formulierungen können den abschied von der graswurzelperspektive kaum verbergen, die sich in der neuen offenheit für establishment und staatschefs ausdrückt. eigentlich könnten wir entspannt dem scheitern jenes versuchs der einflussnahme zuschauen. vertrauen, dass die sozialen kämpferInnen auf ihrer autonomie beharren werden, dass sich der schwarm (wie sozial sich einsetzende leute in der zeitschrift turbulence bezeichnet werden) nicht institutionalisieren lässt. weil sich viele weigern, von oben auf ihre mitstreiterInnen zu blicken, und objekt eines anmaßenden soziologenlabors zu sein, das an vielfalt nur gelten lässt, was dem selbstherrlichen verständnis der mikroskopierer entspricht. auch diese arroganz könnten wir milde belächeln, würde sie nicht ausgerechnet versuchen, dort aufzusatteln, wo leute sich gegen den sturm herrschender verwertungslogik organisieren, um für eine lebensweise zu kämpfen, die mensch wie natur angemessen ist. weil uns dieses ziel wichtig ist, können wir nicht zulassen, den besten trumpf aus der hand zu geben, den wir haben: die möglichkeit der entwicklung kollektiver intelligenz und tatkraft, die nur in selbstbestimmung und durch selbstorganisation kollektiv werden und zugleich autonom bleiben kann.

weil wir dafür alle kraft brauchen, stellen wir uns gegen jene, denen soziale bewegung nur teilnahmeschein für das ewig gleiche gerangel der mächtigen ist; die das ins offene weisende sozialer kämpfe nicht erkennen oder ertragen können; die in der luft hängen, im limbo, wie sie sagen, was auch vorhölle heißt; die daraus nicht den schluss ziehen, in aller bescheidenheit zu beginnen, aus

den erfahrungen sozialer bewegungen zu lernen, sich im kampf um befreiung eine gemeinsame sprache der verbündeten und das wissen um unsere ebenbürtigkeit zu erstreiten - die vielmehr, entsprechend der eigenen perspektivlosigkeit, all diesen reichtum in bestehende institutionelle formen zu integrieren suchen.



öffentlich werden bruchstücke, begriffe und aktionsformen sozialer bewegungen zur schau gestellt: damit in den bündnissen verschiedenste strömungen repräsentiert sind, damit diese vielfalt ihrerseits repräsentiert werden kann, ohne eine kollektive diskussion zu riskieren. das bedürfnis nach austausch und die frage, was aus unseren analysen folgt, wie wir es angehen, wurde auf den versammlungen von reclaim power in kopenhagen durch einen organisierten übereinstimmungstaumel präventiv gelöscht. fragen stören den aufbau der einheitsfront. alle sollen kommen, das vorgegebene ding zu ihrem ding machen, die erfahrungen und ziele ihrer kämpfe interessieren nur instrumentell. die strategie der sozial entleerten zahl setzt darauf *möglichst viele* anzusprechen. zugleich geht cja in distanz zu militanz, um *möglichst wenige* abzuschrecken. wen schreckt hier überhaupt noch was ab, fragen wir uns als antimilitaristInnen. und wie denken diese gruppen, grundsätzliche veränderungen ohne einsatz militanter mittel erreichen zu können? welche argumente und methoden haben sie, die noch nicht tausendmal bedacht und ausprobiert wurden - und werden? welche experimente schlagen die fürsprecherInnen breiter bündnisse vor für alternative formen der selbstverteidigung? die kommenden herausforderungen gewachsen ist, wie es so schön heißt. oder besteht ihr vorschlag schlicht darin, dass wir uns wieder in irgendein autoritäres gebilde fügen sollen?

wenn überhaupt über etwas, dann sollten wir darüber mit den leuten von der il diskutieren, statt uns einen militanten strohmann servieren zu lassen, wie es ein vertreter von avanti auf dem autonomen kongress in hamburg taktisch beispielhaft vorführte: im feld der kritik rannte er offene türen ein - immer wieder kamen unterschiedliche leute zu dem schluss, dass die scene, die autonomen raus müssen in die welt. der unmut über verschlossenheit, avantgardismus, autismus usw. war wichtiger motor, dass der kongress überhaupt zustande

kam. während zahlreiche leute immer wieder einmal aufrichtige gedanken zu der frage in die runde warfen, wie wir das anstellen könnten, zog der vertreter von avanti vor, so zu tun, als hätte nun er allein mit dem benennen dieser kritikpunkte krass provoziert. im taboobrechertonfall zeichnete er nicht wirklich treffende aber durchaus handliche karikaturen militanter fighter. eine aufforderung zur rechtfertigung seiner anwürfe launisch zurückweisend - die es überhaupt nicht gegeben hatte - vermied er, zur frage nach dem *wie* vorzudringen. nicht, dass es nicht auch innerhalb militanter strategien einiges gäbe, das es verdient hätte, durch den kakao gezogen zu werden, aber von welchem ort kritisieren die il gruppen die praxen der anderen? warum soll es plötzlich eine gute idee sein, mit gewerkschaften und parteien, selbst mit regierungen zu kooperieren? wie soll ein lächeln von chef chavez unsere organisierung voranbringen?

wer applaudiert dem versuch proteste auf der basis von co-management zu organisieren? auch hier ist die suppe heute dünner als im alten grünen clinch zwischen realos und fundis, denn erstere profilieren sich nur scheinbar im konflikt mit letzteren: den streit um verschiedene mittel zum erreichen gleicher ziele gibt es nicht mehr, denn der gemeinsame bezugsrahmen sozialer kämpfe fehlt. die geschichte der basisbewegungen wird medial inszeniert, gebaut auf studien ihrer funktionsweise.

die managerInnen der bewegung denken sich selbst nicht als teil der bewegung, machen allenfalls teilnehmende beobachtung, wenden an auf gegebenes, finden einander auf der macherebene. wer hat heute ein interesse daran bessere, das heißt, den gegenwärtigen herrschaftsverhältnissen besser angepasste vertreter hervorzubringen? denen es leichter fällt als den alten gewerkschaftlichen und parteilichen organisationen die geforderte, hoch widersprüchliche regierungsmentalität einzunehmen – d.h. *wider besseres wissen* zu denken, zu reden und zu handeln, *als ob* die vorschläge der opposition in einem irgendwie vernunftgeleiteten dialog letztlich doch von staat und kapital erwogen würden; *als ob* nicht profitsteigerung und machterhalt einzige zielvorgabe des realexistierenden systems wären, *als ob* die alte leier einer lediglich vernachlässigten, irgendwie noch jenseits dieser brutalität existierenden humanitären moral die lösung wäre. die leichenberge, die jene edle idee der abendländischen zivilisation seit jahrhunderten wie ihr schatten begleiten, verbieten jede rückkehr zum naiven glauben an die traditionell modernistische doktrin *leider noch nicht* realisierter ideale.

wir waren einigermaßen erschüttert, in welchem ausmaß dieser glaube auf den treffen des klimabündnisses in kopenhagen beschworen wurde. als wäre kritisches, historisch bewusstes denken ein privileg oder hobby, ein programm, das man ein- oder ausschalten kann und das man sich, will man politisch erfolgreich sein, besser aus dem kopf schlägt. realistisch sein eben. ekelhafterweise begründet mit einem angeblich angestrebten "empowerment" der verliererInnen des spiels im "globalen süden". in dieser hinsicht reihte sich die argumentation von climate justice action letztendlich ein in die linie der regierungen aus dem süden, die in kopenhagen für mehr

geld aus den töpfen der westlichen staaten kämpften. realpolitisch aus deren perspektive nicht illegitim, aber wer von uns will dafür demonstrieren? wir sind nun mal keine regierung. es gab auf den protesten in kopenhagen so manchen moment, wo wir bass erstaunt waren, wie fortgeschritten die integration des protests in die lobbyarbeit, die verwässerung und vermarktung abweichender haltungen bereits ist. um uns davon zu befreien, ist ein stärkeres bemühen unsererseits nötig, diesen giftcocktail zu verstehen - denn auch die autonomen haben ihre rolle bei diesem gipfel gespielt. eigenverantwortlich.

die schwierigkeiten, mit denen sich militante bei den protesten gegen den klimagipfel in kopenhagen herum-schlügen, sind in weiten teilen hausgemacht, sie zeugen trotz der schwierigen bedingungen was wetter, unterbringung und klar feindliche co-organisatorInnen angeht in erster linie von den schwächen der autonomen organisierung selbst. angefangen damit, dass sie strukturell eben nicht autonom war, über beknackte praktisch-taktische fehler bis hin zum zentralen versäumnis: eine strategie (zumindest in ansätzen) zu verwirklichen, die aktuellen organisierungsdebatten folgend anders auf die leute in stadt und protest zugeht, die klarstellt, dass der entscheidende unterschied nicht zwischen hippies und militanten besteht, sondern zwischen denen, die weiter ihr süppchen kochen wollen aus dem elend der welt, die ihre vorteile ziehen aus der representation der probleme, oder der opfer - und jenen, die ihr leben zurück wollen und dafür zu kämpfen bereit sind: auf eigene faust und doch solidarisch. das ist nicht gelungen. unsere idee, die leute direkt zu fragen, was sie tun wollen, ihnen vorzuschlagen, ihren protest in eigenregie in der innenstadt umzusetzen, statt sich im zugebilligten protestkanal zum entlegenen tagungsort zu medienobjekten zu machen, kam nie über einen ersten text hinaus. [de.indymedia.org/2009/12/267797.shtml] wir kannten die leute nicht, die wir zur verbreitung der idee des abschieds von der stellvertretung hätten anhauen können. dass wir sie in dänemark nicht kannten ist eine sache, aber wir kannten auch diejenigen nicht, die aus der eigenen stadt kamen. das sollten wir ändern, das feld nicht denen überlassen, die als ausweg aus der isolation den pakt mit der macht propagieren.

unsere defizite sind nicht über einen streit mit den sich professionalisierenden bewegungsmanagerInnen aus der welt zu schaffen. dennoch sollten wir uns klar werden, was ihre strategie ist. nicht um sie eines besseren zu belehren, sondern um den von ihnen in den vordergrund gespielten falschen gegensätzen nicht auf den leim zu gehen. wie am beispiel desvertreters von avanti beim autonomen kongress erläutert, dienen solchen gruppen – die auf den straßen kopenhagens zusammen mit italienischen disobedienti-parteisoldaten, im organisierungsprozess mit englischen bewegungsforscherInnen und in den versammlungen zusammen mit US-amerikanischen facilitators (wahren spezialistInnen der crowd-control) auftraten – die vorfindlichen formen der organisierung als negativfolie des versuchs, sich selbst zur speerspitze des widerstands zu erklären. das gilt nicht nur für den in kopenhagen zum rituell einenden dämon erklärten black block. auch andere teile der sozialen bewegungen sind



diesen bewegungsverwerterInnen rohstoff. sie werden studiert und bestimmt, nach zahl und fähigkeiten sortiert. nützliche funktionselemente sollen herausgefiltert, und in effektiverer form nachgebaut werden. mapping the movement, building the movement, having success. worin dieser erfolg besteht, außer in persönlicher profilierung? keine ahnung. über einen traum wird jenseits alternativer verwaltung und einer irgendwie anderen inwertsetzung der welt wenig gesprochen.



nicht mal, wenn wir versuchen uns vorzustellen, dass kein wesentlicher widerspruch darin bestünde, mit der agitation gegen das system karriere im system zu machen, wird klarer, was sich cja & co. vom zugehen auf institutionen erhoffen, die bereits zu zeiten, in denen der staat noch auf befriedung der soziale revolte setzen musste - das heißt aus einer position relativer stärke heraus - für jeden verrat zu haben waren. es scheint paradox: "Je mehr sich die Implosion des Sozialen bewahrheitet, um so mehr beruft sich die Linke auf 'die Zivilgesellschaft'. Je mehr die Polizei ungestraft ihre Willkür ausübt, desto mehr deklariert sich die Linke als pazifistisch. Je mehr sich der Staat von den letzten juristischen Formalitäten befreit, desto staatsbürgerlicher wird sie. Je dringlicher es wird, uns die Mittel unserer Existenz anzueignen, desto mehr ermahnt sie uns zu warten und Verhandlungen zu fordern" warum? wieso werden etablierte institutionen der zivilgesellschaft genau in dem moment als bündnispartner der radikalen linken entdeckt, da ihren kritischsten elementen die verträge nicht verlängert und sie sukzessive durch jene ersetzt werden, die im sozialen krieg aktiv und rundum eingebettet auf herrschaftsseite kämpfen? vielleicht war die zivilgesellschaft nie viel mehr als eine nachkriegsgeschichte, eine sozialtechnokratische realfantasie, so wenig zivil wie nach dem krieg nach dem krieg war. aber was nährt diese fantasie gerade heute, inmitten der absehbaren verschärfung der sozialen verhältnisse? nostalgie der verlorenen mitte, wieder mal die angst der mittelklasse vor dem abstieg?

schließlich setzen die herrschenden derzeit recht klar auf assimilation, auf integration in eine vorgesehene ecke, nicht in *die gesellschaft*. und auch gewerkschaften und parteien reden nicht mehr von umverteilung und sozialem aufstieg. die alte idee der gerechtigkeit spukt maximal als chancengleichheit durch ihre programme. in abwesenheit des drucks sozialer bewegungen ist das wörtchen reform in etwa mit tarnkappenbomber zu übersetzen. für feindliche übernahmen aber werden weniger bezahlte stellen vergeben als für die historische befriedung und vermutlich auch weniger schöne. falls wir den aktivistInnen von cja also einmal unterstellen wollen, dass sie nicht davon träumen, kommunismus zu verhindern und sozialbullen werden zu wollen, dem staat dort weiterzuhelfen, wo er offenkundig probleme hat, nämlich dabei, enger an die leute ranzukommen, um weitere bereiche ihres lebens dem markt zu unterwerfen; wenn wir also mal so gutwillig sein wollen zu unterstellen, dass es nicht dem selbstbild der aktivistInnen von cja und il entspricht, den staatlichen zugriff in die bereiche zu scouten, in denen sich ein-

zelne und sogar ganze gruppen von leuten sich bisher mehr oder weniger erfolgreich verweigern, so fragen wir uns um so mehr, worauf der hokusfokus mit dem movement-building hinaus laufen soll. denken die freunInnen der bündnisse mit den etablierten, es wäre unwissenheit und praktisches unvermögen gewesen, warum sich soziale bewegungen in all den jahren nicht an modellen von versicherungen, marketing und consulting orientierten, sondern versuchten, ihre eigenen, eben *soziale* maßstäbe zu finden und zu erfinden? ist die fähigkeit über das bestehende hinauszudenken bereits derart eingehegt, dass dies nicht mehr erkannt, nicht mehr gesehen wird?

in gewisser weise sind gipfevents zugleich brennglas des bestehenden und fenster in eine mögliche zukunft. die herrschenden testen strategien, wir bemühen uns, sie scheitern zu lassen - was beim cop15 nicht gelungen ist. sicher, die bedingungen waren beschissen, und damit meine ich nicht nur die zerstreute unterbringung und die kälte. zu sehen, wie wenig problematisch die präventive festnahme von nahezu 2000 leuten für einen staat in europa heute bereits ist, wie unwidersprochen diese maßnahmen im bürgerlichen teil des protestes blieben - zumindest bis die ihren ins visier gerieten, und auch nur dann - war wenig überraschend, aber trotzdem irgendwie ein schock. es scheint, dass selbst bürgerInnen nicht mehr an demokratische prozesse glauben. woran aber glauben sie dann? die kader von cja vermeiden fragen dieser art. die empörung über die zerstörung der natur, samt der in den 80ern erhitzt geführten debatte über richtige und falsche wege, sie zu stoppen, ist einem Mischung aus sozialtechnik und evangelikaler beschwörung gewichen. einer spontanen hasswallung - ausgelöst von naomi klein, die auf einer veranstaltung von cja in christiania extrem vehement und in allergrößter holzschnitzerei über den black block abhetzte, als hätte sie in den militanten die schuldigen dafür gefunden, dass staat und kapital nicht einmal mehr so tun, als würden sie den vorschlägen der reformistInnen zuhören - folgt eine gewisse traurigkeit.

leute wie naomi klein verteidigen ihre überzeugung, dass es die besseren argumente sind, die sich durchsetzen werden, dass die menschliche vernunft, wenn schon nicht aus einer ethik heraus, so doch angesichts des drohenden kollaps des planeten, sich bahn brechen wird. aus all dem herbeiredenwollen und zustimmungswinken spricht pure verzweiflung. es muss so gehen, es muss. hilflos. aber mitleid hilft nicht. reformistInnen tragen an unserem scheitern ebenso wenig die schuld wie wir an dem ihren, die ganze frage nach der schuld ist ein irrweg. was nicht heißt, dass wir sie aus der kritik entlassen sollten. die haben sie sich mit ihrem auftreten in kopenhagen mehr als verdient. vor allem aber gilt es klarheit zu schaffen über unsere strategie, entgegen der allgemeinen verwirrung, zu der gruppen wie cja beitragen, indem sie begriffe und methoden der sozialen bewegungen, z.b. konsens und ungehorsam, verwässern und hoffähig machen, statt sie in auseinandersetzung mit der macht zu schärfen. es kann ihnen vorgehalten werden, dass sie nicht dazu bereit sind, konflikte anders zu denken denn als einspeisen autonomer organisierun-

gen in katalogisierbare pressure groups. dass sie sich weigern von unten zu denken. es ist einfach immer wieder enttäuschend, verraten und verkauft zu werden, nur weil leute glauben, sie müssten so tun, als wären sie teil des generalgouvernements.

ABER solange es jene autonomen organisierungen gibt, ist es im grunde ein leichtes, den unterschied zum fake sichtbar zu machen; zu denen, die sich draufsetzen auf kämpfe, in die andere ihr herzblut hineingeben. selbst im detail sollte uns das nicht schwerfallen. und darauf sollten wir uns konzentrieren statt cja anzuprangern. wofür auch? dafür, dass sie uns nicht gut genug repräsentierten, nicht integrierten oder ignorierten? nein. dafür, dass sie uns den bullen auslieferten? auf jeden fall! mehr noch als gegen das tatsächliche nicht-in-den-block-reinlassen (was immerhin zur folge hatte, dass genossInnen festgenommen und abgeschoben wurden) geht es bei dieser kritik darum, dass sich cja, und damit auch gruppen der il, darauf eingelassen hat, den sog. konsens der demovorbereitung gegen leute durchzusetzen, die nicht teil der absprachen waren und, sollten sie keinen erfolg damit haben, die bullen zu rufen (oder zuzulassen, dass die demoleitung dies tut). der heckmeck im cja block war keiner spontanen überforderung geschuldet. nicht mal, dass die forderung nach innerem policing aufkam war überraschend: die friedensbewegung hatte nach strasbourg mehrfach formuliert, dass genau das künftig ihre bedingung für die teilnahme von autonomen an ihren demos sein wird. eine strategie zu dieser bedingung scheint cja nicht entwickelt zu haben, vielmehr erweckten sie den eindruck, dass sie sich total von der panik des bündnisses vor ausschreitungen haben einwickeln lassen: 1) wusste der lautsprecherwagen, lange bevor der erste stein flog, nichts wichtigeres zu sagen, als dass es ziel sei, niemanden von diesem block auszuschließen, weder kinder noch alte, und es deshalb vor allem gelte, die ruhe zu bewahren 2.) setzten einige kaputten schein bei börse und außenministerium - was ist schlecht daran? - sofort die grenzabwehr samt beinahe-schlägerei in gang, reibungslos und scheinbar unabhängig vom grad der 'störung' 3.) war cja nicht im stande, die demo auch nur zu veranlassen zu warten, als teile des eigenen blocks mit fast 1000 leuten festgenommen wurden. nicht einmal zu nennenswerten statements gegen die maßnahmen der cops konnten sie sich durchringen. dies geschah erst tage später, als aller pazifistischen bekundungen zum trotz auch einige kader von cja präventiv inhaftiert wurden - und diese auf einmal mit dokortitel in der presseerklärung auftauchten. schlechte b note in jedem fall.



nun, wir werden an selbstorganisierung und direkter aktion festhalten, auch wenn die demo gegen den cop15 in keiner wertung ein glanzstück war. im text "auch wir stecken in mehreren sackgassen" (interim 707) wird gesagt, kopenhagen sei für die autonomen ein desaster gewesen, nicht zuletzt wegen der diskrepanz von vollmundiger ankündigung und realem handeln. letztlich seien wir nicht nur für die cops, sondern auch für die demonstrantInnen "störefriede" gewesen. im prinzip stimmen wir dem zu, sehen die sache aber nicht ganz so tragisch. ja, gescheitert sind wir an vielen punkten, oft an eigenem unvermögen aber nicht nur. stören ist schon ok, wenn das ganze setting verkorkst ist, und das eben nicht nur von seiten der cops! aber gerade darum war kopenhagen keine vertane zeit, es gab eine menge zu lernen: wie wenig staat und kapital auf ihre eigene propaganda geben (was hier geboten wurde, war lustloses theater mit einem hang zu billigem kitsch), über faden-scheinige representationsshows bezahlter funktionäre und leider auch über politaktivistInnen, die rhetorische finesse und abgrenzung von den bösen oben und unten mit einer position verwechseln. das verorten in der mitte ermöglicht, in die neutralität abzutauchen, auf wissen von expertInnen zu verweisen, das die verantwortlichen inorieren, den mangel an eigenen ideen zu verbergen. aber soziale bewegungen sind keine leeren platzhalter für expertInnenwissen und lobbyarbeit. sie bauen auf den erfahrungen und debatten unzähliger leute und gruppen quer durch die jahrhunderte auf, sie bringen neben standardisierten verfahren und neuen parteien auch immer wieder autonome strukturen hervor, die nicht auf halbem wege aufhören wollen - und um diese geschichte und gegenwart müssen wir kämpfen.

es ist hoffentlich vielen bitter aufgestoßen, dass am aktionskonzept von cja schon beim ersten allgemeinen treffen nichts mehr verändert werden konnte - was nicht nur darum blöd war, weil so auf aktuelle ereignisse wie die massenfestnahmen nicht gemeinsam reagiert werden konnte, sondern auch und vor allem, weil dies zentrale errungenschaften antiautoritärer bewegungen über bord schmeißt. wenn in einer sozialen bewegung von konsens geredet wird, bedeutet dies noch immer, dass alle, die an einer aktion teilnehmen, darüber befinden, was passiert - und nicht, dass sich ein paar leute ausdenken, was gemacht wird und darüber dann nur noch transparenz hergestellt wird. das macht der bundestag vielleicht wenn er kriegseinsätze beschließt, aber der nennt das wenigstens nicht konsens. darin liegt der unterschied: leute einfach nur dazu zu bringen etwas mit zu tragen (was zudem im zweifelsfall nicht sehr belastbar ist) ist etwas anderes als eine aktion gemeinsam zu planen und zu entwickeln - was nicht ausschließt, das manches im geheimen vorbereitet wird. nach heiligendam gab es einige kritik an den sitzblockaden von block g8, auch im englischen indymedia: auf den vorwurf, die planende gruppe habe im vorfeld nicht alle im detail eingeweiht, wurde dort entgegnet, dass dies nicht möglich sei, da die polizei die blockaden sonst verhindert hätte. außerdem hätten wenige in dieser phase kritik an der aktion gehabt, viele seien bereit gewesen, zum erfolg der finger-taktik beizutragen. kritik habe es ab dem moment gegeben, wo das ziel erreicht war, d.h. die straßen besetzt.

hier hätte die entscheidung über den weiteren fortgang der jeweiligen blockade an alle beteiligten übergehen müssen, d.h. an alle, die letztlich bereit sind, mit ihren körpern für die sache einzustehen. dem schließen wir uns an: das vorbereiten verleiht kein eigentumsrecht über eine aktion, man kann vorschläge machen. bei den sitzblockaden wäre schließlich genug zeit und gelegenheit gewesen, mit allen beteiligten zu diskutieren, wie es weitergehen soll.

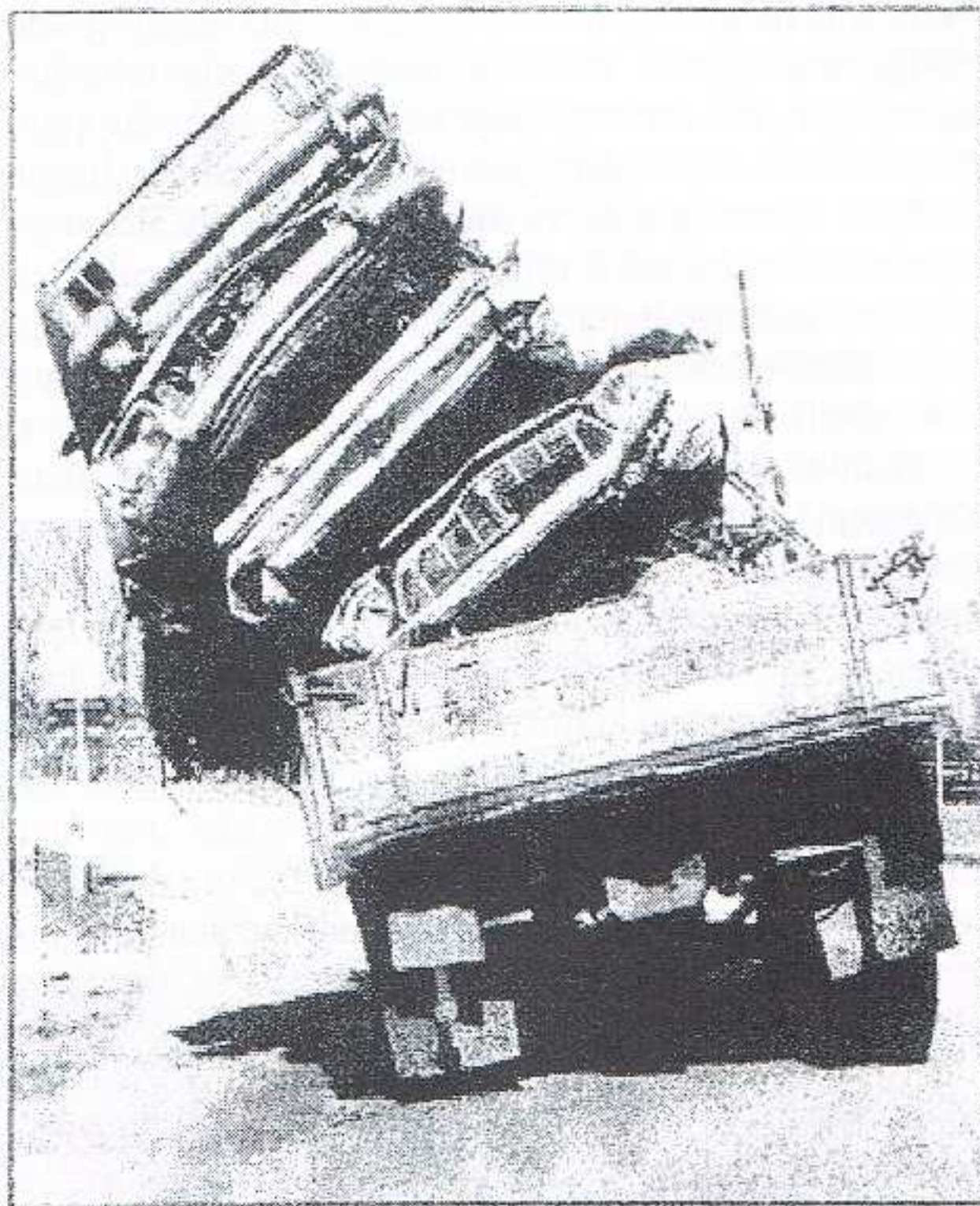
zurück zum cop15, zur demo am samstag. eine großdemo gehört dem verständnis antiautoritärer sozialer bewegungen allen, die kommen. d.h. wenn zu einer demo öffentlich aufgerufen wird, gehört die demo der allgemeinen öffentlichkeit. wie bei einer aktion können die vorbereitenden gruppen gern vorschläge machen, wie die demo zu laufen hat, verfügungsgewalt darüber beanspruchen können sie nicht. die vorbereitung einer demo soll eine technische hilfe für die bewegung sein und keine neue regierungsform. die leute auf der straße entscheiden auf der straße, dafür sind demos da, für leute ohne vorzimmer und rote telefone. demos haben eigene mittel, wege und ausdrucksformen. alle haben die freiheit, sich auszudrücken, wie sie es richtig finden und wie sie es vor sich verantworten können. und vor anderen. man muss sich kritisieren lassen, fragen, was der dumme spruch, der stein, das gezeter soll. nichts gegen die direkte auseinandersetzung, auch wenn sie manchmal ganz schön lästig ist. aber ein monopol auf das verhalten der protestierenden einer demo? niemals. vor einer großdemo wie der in kopenhagen wird es nie treffen geben, die alle anreisenden gruppen und einzelpersonen in einer art und weise vertreten, die es rechtfertigen könnte, anderen die formen ihres protestes vorzuschreiben. dass in diesen konflikten immer wieder kinder, alte, flüchtlinge oder gar der gesamte globale süden argumentativ vorgeschickt werden, um eigenen ansichten mehr gewicht zu geben, spricht für sich. zu behaupten, es habe mehrere treffen gegeben, die eine umfassende mitbestimmung ermöglicht hätten, setzt voraus, was cja sich erst als ziel setzt: eine soziale bewegung. von der frage, wer die zeit hat monatelang mehrere stunden täglich emails zu beackern und es sich leisten kann, zu vorbereitungstreffen quer durch europa zu reisen (die wiederum nur über interne email-verteiler bekannt gegeben wurden) ganz abgesehen.

eine weitere errungenschaft (und merkmals) sozialer bewegungen ist ihre weitgehende unabhängigkeit von staatlichen behörden, parteien und regierungsvertretern. im kreis der vom erfolgssprech heimgesuchten werden initiativen von unten, die nicht nach oben wollen, gern dem vergessen anheim gegeben. so auch die initiative peoples global action. ende der 90er entwickelten linke und autonome, bäuerInnen v.a. aus indien und diverse basisgruppen aus aller welt einige eckpunkte, welche eine klare abwendung von hierarchischen organisationsformen und lobbyarbeit zum ausdrück bringen. über diese pga-eckpunkte wurde noch 2006 bei der vorbereitung zum g8 gipfel in heiligendamm heftig diskutiert. wenn die rede von der dekolonisierung des protestes ernst gemeint ist: weshalb wird dieser weg nicht weiter beschritten, den basisgruppen aus dem süden maßgeb-

lich mit entwickelt hatten, statt mal wieder auf (oft vom staat finanzierte) nicht-regierungs-organisationen zu setzen und auf fragwürdige repräsentantInnen? es ist nicht nur die weiße frau der im alternativ-kongresszentrum ankommenden karawane aus genf, die vor fernsehkameras zum besten gab, sie repräsentiere asien. es ist das wissen um die unmöglichkeit der repräsentation an sich, das wissen darum, wie sich das leben der funktionäre verändert und bald unterscheidet vom leben derer, die sie vertreten. das wissen um die abhängigkeit von der finanzierung ihres jobs, der sie im zweifelsfall immer weniger risiko eingehen lässt, als die menschen, denen der klimawandel, seine profiteure oder beides das wasser abgraben. in sozialen bewegungen gibt es die klare tendenz, auf die eigene stärke zu setzen. selbst leuten, die in erster linie druck ausüben möchten auf die regierung ist meist irgendwie klar, dass dieser plan nur aufgehen kann, wenn der protest jenseits des staates zu einem faktor wird, an dem die regierung nicht mehr vorbei kommt. die distanz zu den herrschenden, zentral für antiautoritäre bewegungen, wurde von cja en passant unter den teppich gekehrt.

na ja, im echten leben verlief dann doch nicht alles ganz so dramatisch wie im prinzip, schließlich beteiligten sich am tag des reclaim power marsches aufs bella center viele entschlossene menschen, während keiner der staatoberhäupter des vielzitierten globalen südens es für nötig hielt, der demo entgegenzukommen. und auch die monatelang beknieten ngos wollten dann doch nicht das risiko einer festnahme eingehen, nur um ein bißchen weniger als funktionär und ein bißchen mehr als basisaktivistIn rüberzukommen. und auch hier ist im grunde völlig unklar, was sich die leute von cja erhofften. womit wir, wie im restlichen text auch, nicht die profis von oxfam oder den parteilichen jugendverbänden meinen. denen konnte es nur recht sein, die linken im bündnis über monate mit näherungsdebatten über die genaue ausgestaltung des hirngespinnsts 'offensive gewaltfreiheit' zu beschäftigen. vielleicht hätten diese ja sonst mehr zeit auf die frage verwendet, wie der früh als kernpunkt genannte satz "keine marktwirtschaftlichen lösungen!" derart in widerständige praxis umgesetzt, verkörpert und manifest auf die straße gebracht werden kann, dass er nicht, wie geschehen, im entscheidenden moment von den 'sprecherInnen' des bündnisses hätte 'vergessen' werden können. denn solche leute wissen, wie politik gemacht wird: dass papiere mit forderungen die neulinge im geschäft glücklich machen und nicht weiter stören, solange gewährleistet bleibt, dass man selbst rechtzeitig vor der kamera auftauchen und den wirklich wichtigen satz sagen kann. mag sein, dass auch die polizei knüppel, die fast unterschiedslos auf gewaltfreie wie auf militante niedergingen, dass das pauschale fuck you! des dänischen staates an alle formen selbstorganisierten protestes einige leute zum nachdenken bringt; dass mit persönlich erlebter desillusionierung die chancen steigen, dass autonomere taktiken, radikalere analysen und eigenständigere strategien erwogen und verstanden werden. es wäre nicht das erste mal, dass korrupte politikerInnen und der bewaffnete staat augen öffnet.

der schwarze block in kopenhagen war nicht nur ein winzig kleiner tupfen in der masse der 70-100.000 demonstrantInnen. nein, es waren zwei winzig kleine tupfen, und beide waren auf verschiedene art schlecht organisiert. während der größere teil scheinbar nichts von der schon wochen vorher kursierenden absprache gehört hatte, auf keinen fall über die zweite brücke auf die halbinsel des bella center zu gehen, wo er prompt von den cops eingekesselt und nahezu komplett festgenommen wurde, zerstreute sich der weiter vorne in der demo laufende tupfen nach einer ersten attacke der polizei völlig, und leider auch endgültig. immerhin gingen zuvor einige scheiben von börse und außenministeriums zu bruch, und einen kurzen moment lang fehlte es weder an wurfgeschossen noch an werkzeugen. warum aber haben wir es wieder nicht in die innenstadt geschafft? warum haben wir die idee so schnell aufgegeben, uns mit all denen zu verbünden, die nicht wie die schafe zum bella center geführt werden wollen? wäre der versuch, gemeinsam der kanalisierung des protestes zu entgehen nicht eine chance gewesen, funktionärInnen und managerInnen in den fokus der debatte über unterschiedliche ansätze zu rücken, statt die leidige und derart leicht in die irre zu führende gewaltfrage? warum haben wir die pedalbetriebene vattenfall-erdkugel, das hopenhagen-spektakel nicht angegriffen - oder besetzt? warum allgemein die tage nicht besser genutzt? neben den wohl leider unvermeidlichen fehleinschätzungen und pannen, der betriebsblindheit in der situation, der so verflucht schwer beizukommen ist, schwächen wir unser unterfangen durch eine reihe struktureller defizite unnötig.



wie bereits in der auswertung von heiligendamm festgestellt, hätte es auch in kopenhagen ein öffentliches autonomes, wie auch immer genanntes antagonistisches plenum gebraucht. damit alle den stand der dinge mitbekommen können, aktionen gemeinsam diskutiert, geplant und angegangen werden können. dass es dieses plenum nicht gab, hat eine reihe von gründen. der unwichtigste davon ist die fehleinschätzung, das treffen von cja irgendwie auch für uns nutzen zu können. es war schnell klar, dass dies nicht der fall ist. ein anderer raum wäre eine einfache lösung gewesen. aber mit wem sich treffen? die allermeisten reisten erst auf den letzten, wenn nicht auf den allerletzten drücker an, mehr als informieren war da nicht mehr drin. auch die bereitschaft, auf den letzten metern noch ein bißchen was beizutragen, hielt sich schwer in grenzen. nicht mal zum flugblätter kopieren erklärte sich wer bereit.

hier setzt sich die stetige expansion von arbeitsteilung, konsumhaltung und effizienzdenken fort, die auch in vielen anderen bereichen der gesellschaft das soziale zerstört. es reicht doch, wenn einige sich mit dem klima auseinandersetzen und die demo vorbereiten, wir sind dann bei anderen gelegenheiten dran. funktioniert das so? ja und nein. mit sicherheit müssen nicht alle ständig alles machen, es gibt ja auch verschiedene vorlieben. aber derzeit dreht die arbeitsteilung frei, alle arbeiten bis anschlag und sind doch ständig frustriert, dass die anderen bei ihren sachen nicht wirklich mitmachen. etwas weniger aktivität, von mehr leuten diskutiert und tatsächlich von vielen gewollt, könnte mehr sein, und würde sich vermutlich auch in unserer entschlossenheit bemerkbar machen. und auf das klima bezogen hätte vielleicht sogar ein wenig inhaltliche debatte nicht geschadet. nicht übers wetter, das war von anfang an klar, aber über die dimension, die ein grüner kapitalismus haben könnte, was sich dadurch unter umständen ändert, wie das ganze mit militarisierung zusammenhängt und was noch alles auf uns zukommen könnte, falls diese gigantische transformation nicht 'freiwillig' vonstatten geht. wir hätten den gipfel als gelegenheit nutzen können, uns fit zu machen in sachen ökologisch runderneuerter ideologie und herrschaft. aber vielleicht war kopenhagen ja auch ein bisschen ein anlass dazu. allzu weit hinter den eliten hinken wir in dieser debatte jedenfalls nicht hinterher. und im unterschied zu ihnen sollten wir uns die freiheit nehmen, das geschlossene weltbild der gier und kontrolle zu verlassen, unser leben an uns zu nehmen und uns für ein ganz anderes ganzes stark zu machen. und - das gute kommt mit dem schlechten - gerade in der klimadebatte scheint darunter auch nichts zu haben zu sein.

so oder so  
die erde wird rot

anarchists against einbahnstraße

## Rassismus in den linken Strukturen bleibt eine offene Wunde: Ein Bericht über einen Vorfall im Berliner „antirassistischen“ Wohnprojekt SCHWARZER KANAL

Rassistische Vorfälle, eurozentristische Stereotype und Xenophobie in den linken Strukturen sind seit langem kein unbekanntes Thema mehr. Häufig sind die Menschen nichtdeutscher Herkunft, die in den deutschen linken Gruppen zahlenmäßig ohnehin untervertreten sind, in verschiedensten Zusammenhängen mit xenophobischen und oft auch unterschwellig rassistischen Zuschreibungen konfrontiert, die zu geringsten und oft auch nicht offen problematisierten Anlässen "Menschen aus anderen Kulturen" kurzerhand als sexistisch, gewalttätig und patriarchal etc. abstempeln.

Zwar gestehen sich viele linke Gruppen das Problem und fordern die Bewußtmachung und eine gezielte interne Bekämpfung des Problems, das in einem krassen Widerspruch zu linken politischen-sozialen Zielsetzungen steht, doch steht eine konsequente inhaltliche Auseinandersetzung in den meisten Gruppen noch aus, weshalb das Bekenntnis zum Antirassismus unter den Linken oft leider nur ein wohlwollendes Lippenbekenntnis bleibt. Rassistische Denk- und Wahrnehmungsmuster, die durch die deutsche Sozialisation erworben und oft unbewußt in die deutschen linken Gruppen hineingetragen werden, schleichen in die emanzipatorischen Theorieansätze und finden oft leider unter dem Deckmantel der emanzipatorischen Kampfbegriffe wie Feminismus und Antisexismus etc. neue Verwendung. Der am 11.08.2010 geschehene Vorfall in dem sich als "antirassistisch" bezeichnenden Fahrradprojekt des Kultur- und Wohnprojekts SCHWARZER KANAL zeigte erneut, wieweit politische Ansprüche und eigene reale Praxis auseinandergehen können.

Der 34jährige Ausländer T., der aus einem arabischen Land kam, finanziell prekären Lage ist und im "offenen" Fahrradprojekt des neu umgezogenen "antirassistischen" Wohnprojekts, sein Fahrrad reparieren wollte, wurde aus dem Fahrradprojekt rausgeworfen! Er traf am 11. 08. 2010 dort - das zweite Mal nach dem vergangenen Mittwoch - um ca. 15:30 ein, um die Reparatur seines Fahrrads fortzusetzen. Unmittelbar nach seiner Ankunft wurde mit der Begründung, dass die Leiterin des Fahrradprojektes vor ihm Angst haben würde, und dass er nicht genug freundlich sei, zum Verlassen des Projektgeländes aufgefordert. Als er sich weigerte, das Gelände zu verlassen, ohne den Grund zu erfahren, und den Wunsch äußerte, unmittelbar mit der Person zu reden, die vor ihm Angst haben würde, wurde ihm geantwortet, dass er den Grund selbst wissen würde, und dass er es nicht schwer machen sollte. Als er BewohnerInnen damit beschuldigte, dass sie ohne konkreten Grund vor ihm als Ausländer Angst haben würden, dass er während seines gesamten Besuches niemandem etwas getan und niemanden beleidigt habe, taten sich mehrere BewohnerInnen des Wohnprojekt buchstäblich zusammen, um den "unfreundlichen" Ausländer, dem nicht einmal der Grund seines Rauschmisses klar war, den Weg zu zeigen. Auch auf dem Gehweg verfolgten sie den "unfreundlichen" Ausländer, der - wie von einer Projektbewohnerin formuliert wurde - "männliches" Getue machen aber "so kleine Eier" haben würde, **ja er selber ein Rassist sei (!)**. Der Mann, der beteuerte, in keiner Form einen sexuellen Annäherungsversuch oder ähnliches unternommen und eine/n BewohnerIn oder BesucherIn des Projektes belästigt zu haben, gehörte offensichtlich mit seinem "äußeren Erscheinungsbild" nicht dorthin und aktivierte - ohne dass es ihm selbst nicht klar war - latente Ängste der "antirassistischen" ProjektbewohnerInnen, die sich ja eigentlich für andere Kulturen interessieren und den unpolitischen Erasmus-Studi-Touristen und den Besuchern aus den „In“-Ländern wie England, den USA etc. Tür und Tor öffnen.

Nun, was bleibt zu sagen: Alle Theorie ist tatsächlich nur grau...

## **Unversöhnlich mit dem Verfassungsschutz?**

Input zur Diskussion "Wo müssen Grenzen zum Verfassungsschutz gezogen werden?"

Die Frage nach der Finanzierung des eigenen Lebens stellt sich in Zeiten von Hartz IV manch verdiente\_r Genosse\_in. Wo finde ich einen Job, der mir ein halbwegs angenehmes Leben garantiert? Welche Fähigkeiten habe ich erworben, die mir dabei helfen? Der Beruf soll Spaß machen und womöglich an einen Bereich anknüpfen, zu dem ich in der Vergangenheit politisch gearbeitet habe.

Andererseits wollen manche Genoss\_innen auf Dauer weg von prekärer Beschäftigung und Karriere machen. Sie versuchen dies in Institutionen, in der Wissenschaft, im Journalismus. Inwieweit bleibt man dabei aber noch ein\_e Genosse\_in? Wieweit darf man für seine Karriere gehen? Wann steht man auf der anderen Seite? Wo sind Grenzen? Welche Angebote schlägt man aus? Wer sich diese Fragen noch stellt, hat immerhin sein kritisches Denken behalten. Antworten scheinen nicht so leicht und werden meist individuell beantwortet. Die Routine tut ihr übrigens und mit der Zeit reflektiert man seine Arbeit nicht mehr selbstkritisch. Oft braucht es Anstöße von außen, das eigene Tun zu hinterfragen.

Hartmut Rübner und Markus Mohr geben in ihrem Buch "Gegnerbestimmung" (Unrast-Verlag, ISBN: 978-3-89771-499-1) solche Anstöße zumindest für Sozialwissenschaftler\_innen. Alte Akademiker-Hasen wie Roland Roth werden darin zurecht für ihren unkritischen Umgang mit dem Verfassungsschutz kritisiert. Damit wird ein Problembewusstsein vermittelt: Wem außer dem Verfassungsschutz nützt es, wenn Linke (wie kürzlich ein Kollege vom apabiz) auf einem Podium mit dem VS diskutieren? Warum dem VS ein Podium geben, wenn es um fundamentale Kritik am VS gehen soll? Um Journalist\_innen, Sozialarbeiter\_innen oder Recherche-Antifaschist\_innen, geht es in dem Buch nur nachrangig. Eine Debatte über deren Arbeit mit dem bzw. Verbindungen zum Verfassungsschutz ist aber mindestens ebenso wichtig.

### **Verfassungsschutz ist Teil des Problems**

Der Verfassungsschutz (VS) verfolgt, denunziert und kriminalisiert Linke und autonome Antifaschist\_innen. Wenn der VS von Öffentlichkeitsarbeit spricht, meint er damit nicht Transparenz und Aufklärung beispielsweise über seine teils gerichtsbekanntem Gaunereien und Lügen. Kritiker, darunter sogar noch einige aus der Linkspartei, fordern die Abschaffung des VS. Ein so klar ablehnendes Verhältnis zum VS haben Journalisten generell und besonders Autoren mit Aufgabenbereich Neofaschismus in der Regel nicht. Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit verfolgt der VS strategische Interessen, die nicht zwangsläufig durchschaubar sind. Warum aber holen Journalist\_innen - meist völlig ungezwungen - Informationen beim Verfassungsschutz ein? Was erwarten sie von einem Telefonat oder einem Emailwechsel mit dem VS? Muss man vom VS eine Bestätigung eigener Recherchen einholen? Ist den Informationen einer Behörde, die nachweislich lügt, überhaupt Glauben zu schenken? Verarbeiten Journalist\_innen diese Informationen in ihren Artikeln und wenn ja, wie? - Fragen, die sie uns endlich beantworten müssen, damit wir mit ihnen darüber diskutieren können.

Jedenfalls sind Journalist\_innen, die auf Geheimdienstinformationen zurückgreifen, beim VS gern gesehen. Und sie signalisieren dem VS, dass er nicht zwangsläufig vor fest verschlossenen Türen steht, falls der einmal anklopfen möchte. Wer als Journalist\_in auf Informationen des VS kritiklos Bezug nimmt, schreibt vielleicht auch einmal einen Artikel, wenn er\_sie - möglicherweise sogar exklusiv - VS-Informationen erhält, und macht sich damit eins mit dem VS.

### **Exklusive Journalisten**

Die Berliner taz ist eine Tageszeitung, die von der radikalen und autonomen Linken immer wieder scharf kritisiert wird. Aus der Bewegung kommend, hat sich das Blatt schon lange von ihr verabschiedet. Dennoch berichtet die taz gerne, teils gehässig, über die radikale und autonome Linke. Dafür nutzt die taz bereitwillig die Arbeit linker Aktivist\_innen, die sich journalistisch zu betätigen versuchen. Als Felix Lee in der taz-Redaktion anfang, war er noch in einer linken Berliner Gruppe aktiv. Er konnte sein Standing in der Bewegung für seine Schreiberei nutzen. Radikale und autonome Linke haben letzteres, ebenso das Geldverdienen mit Bewegungsnähe, bald aber auch die Inhalte seiner Artikel kritisiert und eine Zusammenarbeit abgelehnt.

Manchen Journalist\_innen gibt der VS auf Nachfrage Informationen. Einzelne informiert der VS auch ungefragt. Auch dahinter steckt System. Die taz-Autoren Wolfgang Gast und Gerd Rosenkranz sind bekannt für ihre guten Kontakte zum VS. Die beiden waren es, die über Jahre - ähnlich wie Autor\_innen von Springers Welt und heute des Berliner Tagesspiegel oder der Jungle World - Informationen aus den VS-Ämtern exklusiv publizierten. Sie standen und stehen in Kontakt oder anders ausgedrückt, im Austausch mit dem VS. Die taz legt bis heute Wert darauf, dass ihre Autoren anlässlich bestimmter "Rechtsextremismus"-Themen beim VS nachfragen. Und die Autor\_innen tun das, weil sie ihre Artikel verkaufen wollen. Hier stellen sich weitere Fragen nach den Grenzen journalistischer Arbeit. Wie weit geht man? Kann man auf die Kontaktaufnahme wirklich nicht verzichten? Kann man seinen Vorgesetzten nicht gute Argumente vorbringen, warum eine VS-Info für den Artikel unbedeutet oder generell falsch ist? Sind überhaupt Fälle denkbar, in denen man als Journalist\_in oder Rechercheur\_in mit dem VS sprechen muss?

### **Klage über bzw. gegen Linke**

In dem Buch "Gegnerbestimmung" aus dem Unrast-Verlag wird auch der taz-Journalist Andreas Speit erwähnt. Im Buch befindet sich ein Satz, "der die Interpretation nahelegt, Andreas habe in einem Austauschverhältnis Infos an den VS weitergegeben" (Zitat aus dem Rechtsanwaltsurteil vom 25. Juni 2010, das dem Buch beilag). Der beanstandete Satz wird in allen weiteren Exemplaren der Erstauflage geschwärzt. Die Herausgeber und der Verlag haben schlampig gearbeitet.

Andreas Speit hatte den bewegungsnahen Unrast-Verlag aufgefordert, die Verbreitung des Buches umgehend zu stoppen und mit rechtlichen Schritten gedroht. Die hat er nach einigen Tagen in die Wege geleitet - gegen einen Verlag, in dem er selbst publiziert. So wurde die beanstandete, "unglücklich formulierte Passage" (so einhellig Verlag, Herausgeber und Betroffener) über Speit öffentlich bekannt. Außerdem wurde in diesem Kontext bekannt, dass Speit auf einem Kongress der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) moderierte, an dem auch der nordrhein-westfälische VS-Mitarbeiter Thomas Grumke teilnahm. Speit war Aktivist der radikalen Linken und steht ihr immer noch nahe. Er ist Experte im Bereich Neofaschismus. Als solcher haben auch Wissenschaftskreise an Speit Interesse. Der Journalist problematisiert jedoch seine Moderatorentätigkeit für die FES selbstkritisch. Andreas Speit ist kein Informant des Verfassungsschutzes.

Die SPD-nahe Stiftung finanzierte schon mehrere Bücher von Grumke im "Themenbereich Rechtsextremismus". Sie waren sein Karrieresprungbrett zum VS. Zahlreiche weitere Stipendiat\_innen der FES haben den VS als Geldquelle und Arbeitgeber entdeckt. Darüber findet sich mehr in "Gegnerbestimmung". Ein Verdienst des Buches ist es, dass nun ein paar mehr Menschen ihre Arbeit reflektieren, sich überlegen an welchen Veranstaltungen sie in welcher Funktion zukünftig teilnehmen und welche Aufgaben sie fortan ablehnen werden.

## Noch ein langweiliger Beitrag zur Militanzdebatte

"Auf der Ebene der Aktion sprechen wir uns für die Verbreiterung von crash flash mobs aus. Darunter verstehen wir, ergänzend zu den eher wahrgenommenen Aktionsformen der Demonstration oder der Kleingruppe, eine Organisation von z.B. 10 bis 100 Menschen, die kurz und prägnant an einem Ort auftauchen. Dies könnte sein ein Supermarkt, eine Einkaufszone, eine Polizeiwache, eine Ausländerbehörde,... Also so etwas wie die schnelle Kurzdemo nach dem Natogipfel in Berlin Mitte April, so etwas wie die Aktion gegen das Bezirksamt Nord während des Klima- und Antirassismuscamps in Hamburg (...) Jede dieser Aktionen war sicher mit viel Angst und Überlegungen besetzt. Wir glauben aber, daß solche Interventionen sehr effektiv sind."  
aus einer Erklärung der "KOUKOULOFORI", Interim 704.

Vorschläge dieser Art wurden häufiger geäußert, widersprochen wurde dem nie. Die Aktionsform der militanten Spontandemo ist ein Zeichen von Organisation und Verbindlichkeit, das nicht wenige gerne setzen würden. Nur kommt es in Berlin selten dazu, meistens im Zusammenhang mit Naziangriffen, wie neulich in P-berg. Woran liegt es das dieses Mittel so selten angewendet wird, obwohl es angeblich viele gut finden ?

Es mangelt am Vertrauen in Andere, auf die wir hier zu angewiesen sind. Wir trauen uns weder Verschwiegenheit noch Verbindlichkeit zu. Letztendlich ist es aber auch ein Misstrauen gegen uns selbst, denn mit den Menschen mit denen wir die Szene bilden, stehen wir seit Jahren in Kontakt, wir haben es versäumt Vertrauen aufzubauen.

Es herrscht ein Konkurrenzdruck, der keinen logischen Grund hat. Die Art und Weise, mit der Informationen verteilt oder verschwiegen werden, ist eins zu eins aus den kapitalistischen Verteilungskämpfen übernommen. Das Prinzip des Crash Mobs oder der Sponti ist das Prinzip aller Guerillabewegungen: überraschend an einem Ort mit zahlenmäßiger Überlegenheit den Gegner angreifen. Dieses Prinzip haben viele nicht verstanden. Es setzt eine Zusammenarbeit mit dem eigenen Spektrum voraus und soll Gegensätze überwinden. Das Prinzip der Kleingruppe ist das Gegenteil davon.

Der Ablauf einiger Aktionen der jüngsten Vergangenheit zeigt uns das manche dann doch lieber die totale Aufspalterei wünschen. Was am 12. Juni in Berlin nach der Krisendemo lief, war symptomatisch dafür.

Das auch andere Szenarien möglich sind zeigt ein Blick in die Schweiz, aus einer Zeitung:

### Wieder wüten Vandalen in Basels Innenstadt

Von Joel Gernet. Aktualisiert am 22.05.2010

Am späten Freitagabend verursachte ein verummter Mob nach einem Fackelumzug massive Sachbeschädigungen in der Freien Strasse. Vermutlich kommen die Täter aus dem linksautonomen Lager.

«Fast alle Läden in der Freien Strasse waren von den Sachbeschädigungen betroffen, bei H & M war die ganze Scheibe weg, da hätte man reinspazieren

können», erklärt Kriminalkommissär Markus Melzl. Was war passiert? Gemäss Staatsanwaltschaft meldeten Passanten am Freitag um 22:30 Uhr der Polizei, dass eine Horde von Vermummten in der Freien Strasse massive Sachbeschädigungen verüben würde. Gleichzeitig wurde bei einer Bijouterie an der Streitgasse der Einbruchalarm ausgelöst, worauf mehrere Polizeieinsatzkräfte anrückten. Gemäss den bisherigen Erkenntnissen muss kurz zuvor ein Fackelzug mit mehreren Teilnehmenden und einem Begleitfahrzeug im Bereich Steinenvorstadt/Barfüsserplatz stattgefunden haben.



Dieser Zug soll sich dann durch die Streitgasse bis zur Freien Strasse bewegt haben, als sich plötzlich Exponenten des Fackelzuges vermummten und durch die Freie Strasse bis zur Rüdengasse rannten. Auf der Wegstrecke zwischen Streit- und Rüdengasse schlugen diese Vermummten bei nahezu sämtlichen etwa 25 bis 30 Verkaufsgeschäften die Schaufensterscheiben und die Vitrinverglasungen ein.

#### **Vermutlich Linksautonome – Luxuskarosse wurde verschont**

Zudem wurden etliche Gebäude versprayed mit dem Anarchie-Symbol, Hammer und Sichel sowie antikapitalistischen Parolen. «Die Täter kommen wohl aus dem linksautonomen Lager», vermutet Markus Melzl. Zusätzlich wurden etwa zehn parkierte Autos beschädigt, wobei vorwiegend die Scheiben eingeschlagen wurden. Von den Vandalen verschont wurde erstaunlicherweise ein nagelneuer Maserati gegen Ende der Freien Strasse. «An dieser Stelle ist den Tätern wohl die Zeit zu knapp geworden», so Melzl.

Ob ein Zusammenhang zum Saubannerzug vom 1. Mai bestehe, könne derzeit nicht gesagt werden. Allerdings habe sich die Menschenmenge auch in diesem Fall sehr spontan zusammengerottet. Auch, dass sich die Täter mit einem Pulk von Mitläufern schützten, sei ähnlich wie beim Vorfall vor drei Wochen.

#### **Verstärkung von der Baselbieter Polizei nötig**

Der Spuk in der Freien Strasse war nach kürzester Zeit vorbei, wobei sich die Täter bei der Verzweigung Freie Strasse/ Rüdengasse trennten und in verschiedene Richtungen flüchteten. Die Tatwerkzeuge – überwiegend Bauhämmer – und Kleidungsstücke zur Vermummung wurden teilweise auf der Strasse zurückgelassen. Die Polizei zog augenblicklich ein grösseres Mannschaftsaufgebot zusammen, wobei dieses durch ein Kontingent der Baselbieter Polizei und durch die Grenzwache unterstützt wurde.

Die zerbrochenen Scheiben mussten aus Sicherheitsgründen durch die Feuerwehr und durch private Glasereiunternehmen gesichert und die Scherben durch die Stadtreinigung entfernt werden. Die Untersuchungen des Kriminalkommissariates sind im Gange. Während den Ermittlungen und Abklärungen blieb der betroffene Abschnitt der Freien Strasse für jeglichen Durchgangsverkehr gesperrt. Die Polizei sucht Zeugen. (bazonline.ch/Newsnetz)



Als weiteren Anhaltspunkt dafür, dass wir nicht die einzigen sind, die sich den kollektiven Wutausbruch wünschen haben wir auch den Text „Aufbruch in die Fröste der Freiheit“ verstanden. Hier einige Zitate, denen zumindest nicht öffentlich widersprochen wurde:

"Ein solcher Organisierungsvorschlag beinhaltet auch, über potentielle GefährInnen nachzudenken. Es gibt diverse Leute, die wir auf der Straße

treffen, die sich in unseren Strukturen aber

nicht wiederfinden. Unsere selbstorganisierten Strukturen sind oft geschlossen und wirken elitär. Man muss schon eine ganze Menge »klar haben«, die Codes kennen und sich dementsprechend verhalten, um akzeptiert zu werden. Ebenfalls gibt es vermutlich Leute, mit denen wir gerne diskutieren würden, die sich von der Definition autonom nicht angesprochen fühlen.....Andererseits

stehen Autonome noch immer für eine gewisse Entschlossenheit und Unversöhnlichkeit dem Staat und dem Kapitalismus gegenüber, für die Konfrontation auf der Straße, für alle sichtbar militant im Schwarzen Block oder auch als Unsichtbare in der Nacht. Sie stehen für Strategien der Provokation und eine Perspektive der Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse – aber auch immer für die Suche nach dem ganz anderen Ganzen. Für die Schaffung und kämpferische Wiederaneignung von Beziehungen, Freiräumen und Strukturen, die sich staatlicher Kontrolle nach Möglichkeit entziehen, um aus diesen Fäden perspektivisch ein ganz anderes soziales Gewebe zu schaffen. Wenn es das ist, was Leute noch immer mit dem Begriff Autonomie verbinden, dann finden wir das gut.

....Schließlich könnte es sein, dass es nicht die Frage von Gewalt und Träumerei ist, die Leute davon abhält mit uns zu kämpfen, sondern dass sie uns misstrauen, weil wir oft auch nur reden wie PolitikerInnen.

...Wir müssen Praxisformen entwickeln, die uns in Stand setzen, dauerhaft im Alltag zu agieren und spürbar anzugreifen."

Seltsam nur das solchen Analysen keine ernsthaften Versuche einer praktischen Umsetzung folgen. Hierarchische Tendenzen sind entstanden durch selektiven Informationsfluss und weil manche Sachen an sich gerissen haben, die nicht im kleinsten Kreis zu bewältigen sind.

Die Vorstellung als Avantgarde vorangehen zu müssen hat nicht nur die RAF in eine Sackgasse geführt, sie schließt schon

durch (Selbst)definition eine Entwicklung zum Macht zersetzenden Faktor aus. Und das treibt uns doch eigentlich an, das wir von der stillschweigenden Übereinkunft ausgehen, die Macht zersetzen zu wollen und eben nicht Macht übernehmen wollen.

Wo natürlich der Wunsch besteht, einen wie auch immer gearteten Einfluß auszuüben, und sei es nur in einer sich selbst marginalisierenden Szene, dort haben der "Crash Flash Mob", die militante Sponti, die Massenaktion und der Aufstand keine Überlebenschance.

Ein Aufstand würde bedeuten mit Menschen zusammen zu kämpfen, die wir kaum kennen, von denen wir viele nicht mögen, wo oft unkorrekte Aktionen passieren. Nie wird es zum Aufstand kommen ohne vorherige Phasen einer symbolischen Ausserkraftsetzung des staatlichen Machtmonopols. Diese Phasen nehmen ihren Anfang in mehr oder weniger spontanen Zusammenrottungen, die auf begrenztem Gebiet für Minuten oder Stunden die Bullen nicht agieren lassen.

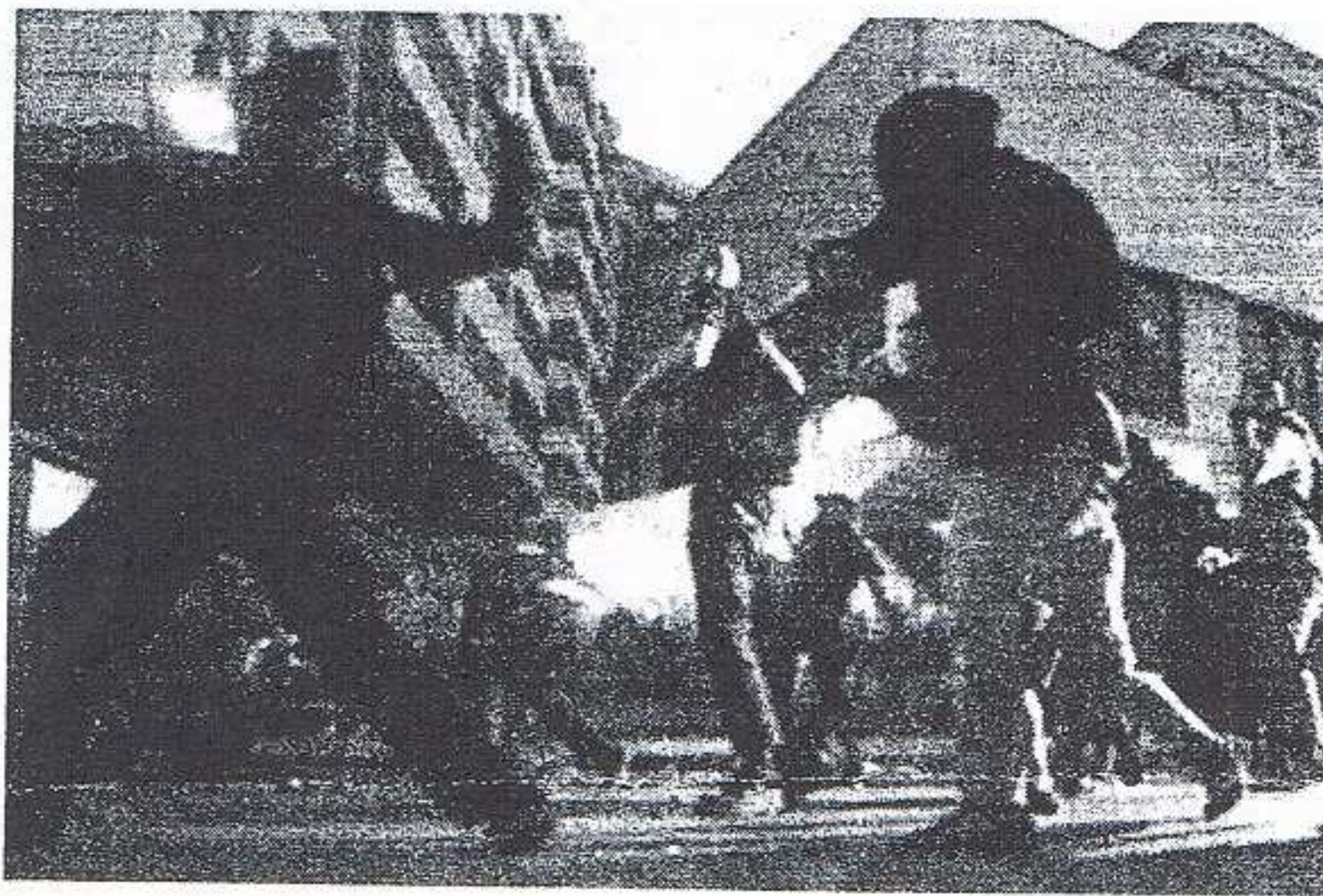
Verwechselt werden diese Vorläufer eines Aufstands mit den Aktionen einer ideologisch homogenen und untereinander befreundeten Gruppe, die ihr Handeln via BekennerInnenschreiben einer kleinen Bewegung erklärt, zu der sie ansonsten ein mehr oder weniger distanzierteres Verhältnis pflegt.



Sicherlich eine überspitzte Formulierung und nicht auf alle militanten Zusammenhänge übertragbar; auf andere Analysen wartend.....

Als Vorbereitung zu Massenaktionen empfehlen wir kleinere Eingriffe in den Alltag mit zunächst überschaubarer Anzahl von AktivistInnen. Zum Beispiel zu zehnt eine Strasse komplett mit Parolen vollsprühen, oder zu Plakatieren, Mülltonnen-Aktionen oder auch Spontis wie Anfang Juli am Herrmannplatz wegen der Dennis Sache.

Es geht darum Aktionsformen zu praktizieren an den sowohl viele Leute teilnehmen können, als auch dabei ein Level zu wählen, welches uns nicht zu Anfang schon zu absoluter Klandestinität verpflichtet.



Wir haben in der Nacht zum 21.07.2010 das Lauschhörn, die Fenster sowie die Eingangstür der nazikneipe "Der Hammer" in Hohen-Neuenhori mit rosa Fassadenfarbe verschönert.

Die Aktion richtet sich gegen Naziläusen in und um Berlin allgemein und gegen die Kneipe als Treffpunkt und Organisationspunkt der Brandenburger und Berliner (Neo-)Nazis im Speziellen.

Der Ortseren dient uns als "Der Hammer" als Anlaufpunkt für sog. bekannte Freie Kameradschaften/Kneipen, wie auch anderer Mitglieder der inzwischen verbotenen Kameradschaften "Thor" und der "Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ).

Nach unserer Ansicht ist es wichtig, Nazistrukturen auch außerhalb des eigenen Kreises zu bekämpfen. In diesem Sinne:

Smash Fascism everywhere!

Eine weitere autonome Gruppe



Aktion gegen Torsten Sevecke,  
Eimsbütteler Bezirksamtsleiter und Oberstleutnant der Reserve  
im Stab der 1. Panzerdivision Hannover

"Ab Oberstleutnant: Schienbein treten, Ohrfeige, Hauswand besprühen, Auto abfackeln, öffentliche Empfänge versauen."  
(zitiert aus dem Flugblatt "Feinderkennung", ein eindeutiger Aufruf Soldatinnen und Soldaten nicht in Ruhe zu lassen, sie anzupöbeln, zu denunzieren, anzugreifen; Abschnitt Aktionsvorschläge zu Offizieren)

Wir haben am 5.8.2010 die Haustür in der Roonstrasse 32 in Hamburg eingeworfen und Farbe an der Wand hinterlassen. Wir solidarisieren uns mit dem antimilitaristischen Widerstand in Hannover gegen das jährlich im Stadtpark stattfindende Sommerbiwak der 1. Panzerdivision, herzliche Grüße an die Genoss\_innen. Zusätzlich wollen wir die Tatsache denunzieren, dass ein hoher Offizier der Bundeswehr einen Hamburger Bezirk als Bürgermeister leitet. Auto abbrennen geht in der dicht geparkten Roonstrasse nicht, also erstmal nur Steine und Farbe gegens Haus.

Die 1. Panzerdivision umfasst 20.000 Soldat\_innen. Sie beteiligt sich an den schnellen Eingreiftruppen der NATO und den EU battlegroups, ist eine der wichtigen Kampfformationen deutscher Auslandseinsätze. Momentan ist sie auf dem Balkan und in Afghanistan (ab 2011 als Leitdivision) unterwegs. Gemeinsam mit der Commerzbank hat sie die vergangenen Jahre den Celler Dialog ausgerichtet und den Celler Appell initiiert, welcher Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen propagiert. Die Förderung von Reservisten in Industrie und Wirtschaft ist ihr ein besonderes Anliegen. Schon mehrere Jahre gehen Antimilitarist\_innen gegen das Sommerfest der Panzermörder, für die die Stadt Hannover eine Patenschaft übernommen hat, vor. Am kommenden Samstag wird die Stadt einen bunten Strauss antimilitaristischen Aktivismus erleben. Ein Veranstaltungspavillon im Stadtpark ist bereits im Juni abgefackelt.

Keine Ruhe der Bundeswehr -

bei ihren Werbeveranstaltungen an den Schulen, Unis, Arbeitsagenturen

bei ihren Feiern, Gelöbnissen, "Gottesdiensten"

und auch nicht "zu Hause", es gibt kein ruhiges Hinterland!

Anmerkung: Alle Hamburger Bezirksamtsleiter haben angekündigt ihre Bezirklichen Ordnungsdiensttruppen im Schulterchluss mit dem Bezirk Altona gegen das Schanzenviertelfest am 4.9.2010 aufmarschieren zu lassen.

Dies wird das Fest nicht verhindern, es wird so oder so stattfinden.

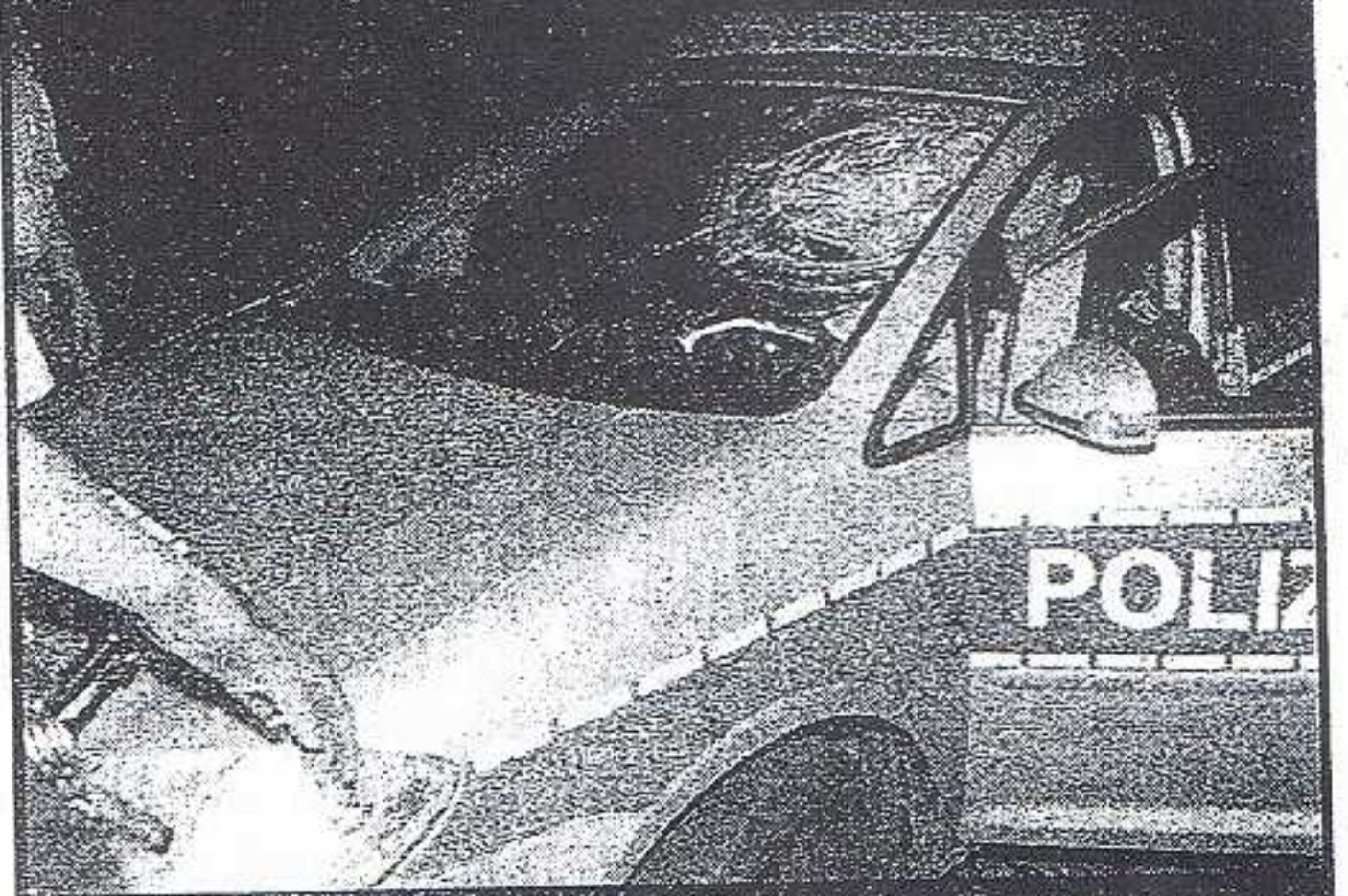
Wir werden viele sein und zornig!

Rote Flora bleibt!

Chaoten-Haue Liebigstraße

# Stein-Attentat auf Polizisten

Streifenwagen mit Pflastersteinen  
attackiert, ein Polizist wird verletzt



Der Streifenwagen der Berliner Polizei steht kurz nach der Attacke mit zerstörter Frontscheibe in der Liebigstraße. Fotos: Kietzmann

Friedrichshain - **Ohne Vorwarnung** hagelten die Pflastersteine auf den Streifenwagen nieder. Die Frontscheibe wurde zerstört, einer Beamter verletzt. Sinnlose Zerstörungswut, gepaart mit blindem Hass auf die Polizei: Trauriger Alltag in der Liebigstraße.

In der Nacht zu gestern fahren zwei Beamte des Polizeiabschnitts 57 durch Friedrichshain. Kein besonderer Einsatz mit eingeschaltetem Blaulicht, sondern der ganz normale Streifendienst. Um 0.40 Uhr passieren die beiden Polizisten die berühmte Liebigstraße.

An der Kreuzung zur Rigaer Straße dann plötzlich die Attacke: Mehrere Pflastersteine knallen gegen die Karosserie des Autos, einer fliegt mit voller Wucht auf die Frontscheibe. Die zerbricht, umherfliegende Splitter verletzen einen

der beiden Beamten.

Von den Tätern fehlt jede Spur, Ermittler vermuten jedoch, dass es sich um Autonome oder deren Sympathisanten handelt. Denn rund um das Haus in der Liebigstraße 14 kommt es regelmäßig zu Auseinandersetzungen zwischen linken Chaoten und Polizisten.

Mal geht es um Ruhestörung, mal um Randalen, mal um eine unangemeldete Demo. Das Haus ist eines der letzten verbliebenen besetzten Häuser in Berlin. Sozusagen die letzte Bastion der Linksautonomen.

„Attacken und Beschimpfungen übelster Art gegen jegliche Uniformträger sind zum Alltag geworden. Die Staatsgewalt wird einfach nicht mehr respektiert“, sagt Klaus Eisenreich, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei. Und weiter: „Diese Leute haben so gut wie gar keine Hemmschwelle mehr.“

PDE

Wir haben in der Nacht zu Sonntag 15. August eine Funkstreife aus dem Verkehr gezogen. Angriffe der Polizei auf Menschen am Dorfplatz, die Jagd auf AfrikanerInnen im Görliitzer Park und der Mord an Dennis J. in Schönfließ waren unsere Motive für diese Aktion. Wer Repression ausübt, muss mit uns rechnen - wir könnten hinter jeder Ecke im Dunkeln lauern! ein Anti Bullen Team

Ausstellung und Veranstaltungsreihe

26. August – 07. Oktober 2010

## "El Proceso"

Dokumentation einer Reise  
nach Caracas

Die venezolanische Hauptstadt ist Zentrum eines revolutionären Prozesses. In der Metropole organisieren sich die einst marginalisierten Bewohner in Stadtteilräten, Nachbarschaftsversammlungen und Medien- und Künstlerkollektiven und werden zum Träger einer gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Transformation. Collagen aus Fotografien, Text und Interviewausschnitten porträtieren die Akteure und Schauplätze des Wandels. Organisiert wird die Ausstellung von Studierenden der Europa-Universität Viadrina, die im Sommer 2009 im Rahmen einer Exkursion nach Caracas reisten.



- Do 26.08. 19:30 Uhr **Ausstellungseröffnung**
- Do 02.09. 19:30 Uhr **Basismedien in Venezuela.** Vortrag von Malte Daniljuk.
- Do 09.09. 19:30 Uhr Filmvorführung: **El Sistema.** Dokumentarfilm von Paul Smaczny und Maria Stodtmeier, D 2008, 90min.
- Do 16.09. 19:30 Uhr **Urbane Bilderwelt – Graffiti in den Zeiten der politischen Auseinandersetzung in Venezuela im ersten Jahrzehnt des XXI Jahrhunderts.** Vortrag von Arline Morillo de Zwick.
- Do 23.09. 19:30 Uhr **Parallelen in der Entwicklung Nicaragua - Venezuela.** Ellen Krumstroh ( Managua/Nicaragua), die Leiterin des Projektbüros von Terre des hommes für Mittelamerika (Nicaragua, Guatemala, El Salvador), steht uns für Informationen, Fragen und Diskussion zur Verfügung. Gemeinsam mit dem guatemaltekischen Projektpartner CARLOS SANCHES. Terre des homes
- Do 30.09. 19:30 Uhr **Demokratisierung oder Kooptation?** Die Kommunalen Räte als Ausdruck der Basismacht in Venezuela. Vortrag von Tobias Lambert.
- Do 07.10. 19:30 Uhr Filmvorführung: **Comuna im Aufbau.** Dokumentarfilm von Dario Azzellini und Oliver Ressler, D/A 2010, 94min.

Galerie Olga Benario, Richardstr. 104, 12043 Berlin-Neukölln

U7: Karl-Marx-Str. (Ausgang Neuköllner Oper und durch die Passage)

Infos: 680 59 387 oder 626 16 51

E-Mail: [forum@galerie-olga-benario.de](mailto:forum@galerie-olga-benario.de), Internet: [www.Galerie-Olga-Benario.de](http://www.Galerie-Olga-Benario.de)

Spendenkonto: Berliner Volksbank BLZ 100 900 00 Konto 71 56 36 10 08

A black and white photograph showing a woman in a light-colored long-sleeved shirt and dark pants carrying a large, dark bundle on her back. She is walking towards the right. In the foreground, a young child sits on the ground, looking towards the camera. The child has a bag of belongings next to them. The background is a blurred outdoor setting with trees and a fence.

15. OKTOBER 1993

DER **WACHTTUM**  
VERKÜNDIGT JEHOVAS KÖNIGREICH

**Raub und  
Diebstahl  
Ist ein Ende  
abzusehen?**